neue kritik

Juli 1963 D 7739 F

17

Jürgen Seifert Zum Stand der Notstandsdiskussion | Rainer Friedrich Zur Filmästhetik S. M. Eisensteins | Oskar Negt Marx – ohne akademische Vorbehalte | Michael Vester Die Linke in den USA | Bo Gustafson Das spanische Elend in Ziffern | Richard Herding Korporierte Fossilien | Lothar Hack Kein neuer „Ulysses"

Inhaltsverzeichnis

Jürgen Seifert	3	Zum Stand der Notstandsdiskussion
Michael Vester	6	Die Linke in den USA
Bo Gustafsson	14	Das spanische Elend in Ziffern
Rainer Friedrich	16	Zur Filmästhetik S. M. Eisensteins
Lothar Hack	21	Kein neuer „Ulysses"
Oskar Negt	23	Marx — ohne akademische Vorbehalte
Richard Herding	25	Korporierte Fossilien?
M. L.	27	Zeitschriftenhinweise

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds) nr. 17. juli 1963, 4. jahrgang
neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar. für unverlangt eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung.

nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.

neue kritik ist kein geschäftsunternehmen, die mitarbeit ist unentgeltlich.
redaktion: fritz griese, lothar hack, klaus hermann, manfred liebel, hanspeter riesche, diether sterzel, michael vester (verantwortlich), unter mitarbeit des arbeitskreises neue kritik.
redaktionsvertretung: peter brokmeier, west-berlin
anzeigenredaktion: christof helberger, ffm., thorwaldsenstr. 30
vertrieb: armin scheil — erscheinungsort: frankfurt am main
verlag und redaktion: 6 frankfurt w 13, hamburger allee 42
neue kritik erscheint 7 mal im jahr. bezug über den verlag.
schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,— / öS. 7,— / Sfr. 1,10 / Hfl. 1,—, plus porto. — jahresabonnement: dm 7,— / öS. 45,— / Sfr. 7,50 / Hfl. 7,—, einschließlich porto.
postscheckkonto: 551 91 pscha. ffm.
druck: westdeutscher verlag, dortmund
umschlagentwurf: maria fraxedas

Liebe Leser -

mit dieser Nummer haben wir auf Wunsch vieler Leser die Titelseite der nk neu gestaltet. Neue Aufmachung, Anzeigen und erhöhte Auflage sollen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die nk immer noch ein Defizitunternehmen und auf die materielle Hilfe ihrer Leser angewiesen ist. Solange der Klage des SDS gegen das Bundesinnenministerium auf Zahlung der seit drei Jahren ohne Begründung gesperrten Bundesjugendplangelder nicht stattgegeben ist, wird die nk auch weiterhin so unregelmäßig erscheinen wie Abonnements und Spenden bei uns eingehen.

Wenn Sie von der Existenzberechtigung der nk in der Flut der ständigen Publikationen überzeugt sind; wenn Sie die nk nicht nur noch deshalb beziehen, weil Sie vergessen haben, sie abzubestellen, dann helfen Sie uns: Bezahlen Sie laufend Ihr Abonnement bzw. Spendenabonnement! Weisen Sie Ihre politischen und persönlichen Freunde auf die nk hin! Nennen Sie uns die Anschriften möglicher Bezieher, denen wir Probeexemplare schicken sollen!

Wir sind zuversichtlich, daß wir Ihnen auch weiterhin jährlich sieben Nummern vorlegen können. Die nk 18 erscheint im September und enthält unter anderem die Hauptreferate der diesjährigen Delegiertenkonferenz des SDS, die sich voraussichtlich mit der Rolle der Intellektuellen in der Bundesrepublik, mit aktuellen Fragen der Hochschulpolitik und dem Ostermarsch beschäftigen werden. Im November soll in einer Doppelnummer unter Beteiligung mehrerer bekannter sozialistischer Autoren die Diskussion um die Strategie der Linken weitergeführt werden.

Die nk verspricht in ihrem Impressum, ein Diskussionsforum für divergierende sozialistische Meinungen zu sein. Die sozialistische Grundintention sollte sich vor allem auch darin äußern, daß die nk (nach Bezahlung) nicht bloß konsumiert und so lediglich als Ware unter anderen betrachtet wird. Kritik, Anregungen und Artikel werden nicht nur nolens volens von uns hingenommen: Sie sind aus dem Kreis unserer Leser ausdrücklich erwünscht.

Ihre Redaktion

Zum Stand der Notstandsdiskussion

Jürgen Seifert

Man sagt uns immer wieder, das Grundgesetz müsse geändert werden. Aber es gibt — wenn man die Gewerkschaften und einige linke Gruppierungen und nicht zuletzt die „Experten" einmal ausklammert — keine öffentliche Diskussion über die Problematik der Notstandsgesetzgebung. Eine Minderheit der Flüchtlinge und eine kleine Zahl von Funktionären hat es verstanden, über die Breslau-Sendung des Fernsehens eine breite Diskussion zu entfachen — weil sie der Unterstützung der Bundesregierung und der großen Parteien sicher war. Die Kritik der größten Massenorganisationen an der Notstandsgesetzgebung ist jedoch verhallt — weil die Bundesregierung es wagt (und wagen kann?), die Stellungnahme der Gewerkschaften zu ignorieren, und weil es der SPD im wesentlichen lediglich um die Frage geht, wie sind die Gewerkschaften gleichzuschalten.

Eine Analyse des gegenwärtigen Standes der Notstandsdiskussion muß die kritischen Äußerungen zur Notstandsgesetzgebung in diesem Zusammenhang sehen. Es wäre auch falsch, den Einfluß der „Spiegel"-Affäre für die Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze zu überschätzen. Sicher gibt es Stellungnahmen wie diese von Rudolf Augstein: „Man wird allen Notstandsplänen aufs äußerste mißtrauen müssen, solange es Parteien gibt, die einen Psychopathen wie Strauß in der Führungsspitze belassen." [1]) Es ist jedoch zu fragen, ob nicht jener, der die „Spiegel"-Affäre zu einem Fall Strauß macht, sich zugleich der Möglichkeit begibt, die Notstandsgesetzgebung als ein Strukturproblem unserer in der Verfassungsurkunde verankerten Demokratie zu erkennen.

Bei dem folgenden Überblick geht es im wesentlichen um drei Fragen: Welche Kritik an der Notstandsgesetzgebung ist in den letzten Monaten vorgetragen worden? Wie ist die Haltung der SPD zu beurteilen? Wie reagieren diejenigen denen die Notstandsgesetzgebung zugleich dazu dienen soll, die Gewerkschaften zu „zähmen"?

Neue Kritik an der Notstandsgesetzgebung

Unter den kritischen Äußerungen zur Notstandsgesetzgebung sind besonders die Stellungnahmen angesehener Wissenschaftler zu erwähnen. [2]) So erklärte der Bonner Verfassungsrechtler Professor Dr. Helmut Ridder:

> „Die . . . Entwicklung des innenpolitischen Betriebs in der Bundesrepublik Deutschland, in dem immer wieder legitime oppositionelle Tätigkeit als Verstoß gegen die verfassungsmäßige Ordnung bezeichnet wird, bestätigt, daß Gehalt, Wert und Sinn der freiheitlichen demokratischen Grundordnung heute vermutlich noch weniger begriffen werden als 1949. Bei einem solchen Befund muß mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden, daß eine Notstandsgesetzgebung den endgültigen Uebergang in ein Verfassungssystem einleitet, das jedenfalls mit dem Geist des Grundgesetzes nicht mehr in Einklang zu bringen wäre." 3)

Professor Dr. Eugen Kogon schrieb in seinem Teil des Franz-Josef-Strauß-Buches einen Abschnitt unter dem Titel „Anti-Notstandsdenken". Darin heißt es:

> „Das Denken in Notständen, denen vorbeugend begegnet werden müsse, ist der Nährboden des Obrigkeitsstrebens der ‚Ordnung'-verfechter, die die Freiheit nicht als die Frucht verständiger Auseinandersetzung sehen können, sondern immer nur als den Rest, der verbleibt, wenn a l l e s geregelt ist . . . Die parlamentarische Opposition im Bundestag begeht einen Fehler, wenn sie meint, die vorgeschlagene Notstandsgesetzgebung durch einen Katalog von ausdrücklichen Freiheitsvorbehalten annehmbar machen zu können. Ist man erst einmal so weit, daß die Freiheit zu ihrem vorgeblichen Schutz in Reservation verwiesen wird, dann fühlt sich die Machtgier allemal dazu angereizt, von der Normalität Besitz zu ergreifen. Man darf die Demokraten in unserer Demokratie nicht durch eine wahre Notstandsverfassung in die Zwangslage bringen, sich gegen das Vordringen von Luftschutzwarten bestimmter politischer Gesinnung und gegen das Eindringen von Vorratskontrolleuren obrigkeitlicher Tendenz behaupten zu müssen." 4)

Besonders hinzuweisen ist auch auf das im evangelischen Kreuz-Verlag in Stuttgart erschienene Buch „Notstandsrecht und Demokratie; Notwendigkeit oder Gefahr?". [5]) Diese Broschüre enthält eine ausgezeichnete Dokumentation, die der Dozent an der kirchlichen Hochschule in Wuppertal, Oberlandesgerichtsrat Dr. Helmut Simon, zusammengestellt hat. Sie bezieht nicht nur die juristischen Fragen, sondern auch die politischen Zusammenhänge und Stellungnahmen mit ein. Hervorzuheben ist der Abdruck des „Memorandums zur geplanten Notstandsgesetzgebung" der Theologischen Sozietät in Baden. Sehr viel schwächer als diese Dokumentation ist das Streitgespräch. Ein solches Gespräch nach der Bundestagsdebatte am 24. Januar 1962 könnte nur dann Sinn haben, wenn es entweder die in der Bundestagsdebatte ausgeklammerten Fragen behandelt oder aber von dieser Debatte ausgehend die eigentlichen Streitpunkte herausgearbeitet hätte. Das ist leider nicht geschehen. Auch kann man die Abgeordneten Ulrich Lohmar und Adolf Bieringer schwerlich als Notstandsexperten von SPD und CDU ansehen. Die Parlamentarier sind sich weitgehend einig. Die eigentliche Auseinandersetzung findet zwischen ihnen und den Fachleuten statt, die, wie Professor Dr. Ridder und Dr. Simon, eine sachlich fundamentierte Kritik vorbringen.

Zu erwähnen ist schließlich eine im Röderberg-Verlag in Frankfurt am Main erschienene Broschüre „1 x 1 der Notstandsgesetze; Was jeder von den Notstandsgesetzen wissen muß". Sie trägt den Charakter einer politischen Flugschrift. Der Verfasser nennt sich oder heißt Bernd Leonhard. Hervorzuheben ist, daß diese Broschüre auch auf die sogenannten einfachen Notstandsgesetze eingeht, die in

ihrer Bedeutung häufig nicht genügend gewürdigt werden. Die Broschüre leidet darunter, daß politische Stellungnahmen, Gesetzestexte und Gesetzesauslegung in bunter Reihenfolge und auch drucktechnisch sehr ungeschickt abgedruckt sind. Sie identifiziert sich weitgehend mit der Auffassung von Arno Behrisch, dem Mitglied des Direktoriums der DFU, der meint:

> „Wenn alle 183 Mitglieder des DGB im Bundestag mit ihren Organisationen genauso solidarisch sind wie etwa die Bauernvertreter mit der Grünen Front, gibt es keine Notstandsgesetze. . . . Auch wenn in der SPD einige Obergescheite abfallen, jene Schwätzer also, die vom ‚vernünftigen Notstand' reden, als ob es ‚vernünftigen Krebs' geben könnte, dann würden die 167 SPD-Abgeordneten, die im DGB organisiert sind, genau die Sperrminorität ausmachen und die Notstandsgesetzgebung vereiteln können." 6)

Zitiert wird auch Renate Riemeck: „Wir führen... unseren Kampf gegen die Notstandsgesetze nicht als juristischen Kleinkrieg um diesen oder jenen Paragraphen. Wir führen diesen Kampf als Kampf um eine neue Politik, die Notstandsregelungen überflüssig macht." 7)

Wolfgang Abendroth, der kritisiert, daß sich im Bundestag nicht ein einziger Redner fand, der den Standpunkt der Gewerkschaften vertrat 8), beurteilt die Lage sehr viel realistischer. Abendroth meint:

> „So sehr es unsere erste Pflicht ist, entschieden und mit aller Macht zu warnen und zu zeigen, daß jede zusätzliche Notstandsregelung die Gefahr des Mißbrauchs in sich birgt, so müssen wir gleichzeitig darauf achten, daß Sicherungen eingeschaltet werden, soweit es möglich ist. Wir dürfen allerdings nicht der Illusion verfallen, daß diese Sicherungen die Gefahr des Mißbrauchs ausschließen. Die Sicherungen machen es jedoch leichter, Mißbrauch als Mißbrauch zu entlarven." 9)

Die Haltung der SPD

In der SPD glauben maßgebliche Vertreter weiterhin, eine Mitwirkung der SPD an der von der Bundesregierung geplanten Notstandsgesetzgebung könnte „Schlimmeres" verhindern. Man meint, die Entscheidungsbefugnis des Parlaments oder eines parlamentarischen Notstandsausschusses über den Notstandsfall könnte einen Mißbrauch ausschließen.

Die unterschiedlichen Positionen im Bundestag gehen daher um die Frage: Entscheidet über den Ausnahmezustand die Exekutive oder die Legislative? Die Regierungsvertreter haben ein Notverordnungsrecht der Bundesregierung zu einem unverzichtbaren Bestandteil des Regierungsentwurfs erklärt und das Recht des Bundespräsidenten und Bundeskanzlers gefordert, „bei Gefahr im Verzuge" den Notstand ausrufen zu können. Die SPD hat in dieser Frage bisher nicht nachgegeben. 10) Sie kann es auch nicht, ohne gegen die Prinzipien der auf dem Kölner Parteitag festgelegten „Sieben Punkte zur Notstandsgesetzgebung" zu verstoßen.

Es wäre jedoch illusorisch zu glauben, auf Grund dieser augenblicklichen Gegensätze, die bislang die geplante rasche Verabschiedung der Gesetze verhindert haben, könnten die Notstandsgesetze scheitern. Die Bundesregierung hofft offenbar, die SPD zu weiterem Nachgeben bringen zu können. Dabei spielt die Drohung, sich im Notstandsfall auf ein „übergesetzliches Notstandsrecht" zu berufen, eine entscheidende Rolle. Bundesminister Höcherl sprach in der Debatte am 24. Januar davon, daß ohne eine verfassungsrechtliche Notstandsregelung die „verantwortlichen Organe der Staatsführung" im Ernstfall dem Konflikt ausgesetzt seien, sich notfalls „auf einen übergesetzlichen Notstand mit all seinen flexiblen Möglichkeiten" zu berufen. Es gibt hierauf nur eine Antwort: Das wäre Verfassungsverrat. Für ein „übergesetzliches Notstandsrecht" ist in unserer Verfassungsordnung kein Platz, denn geschützt ist nicht „der" Staat als solcher, sondern eine bestimmte, in wesentlichen Prinzipien (Artikel 1 und 20 des Grundgesetzes) unveränderbare Verfassungsordnung. Zu berücksichtigen ist auch die Streichung der vorgesehenen Notstandsregelung durch den Parlamentarischen Rat, die als eine bewußte verfassungsgestaltende Grundentscheidung anzusehen ist. Die Bundesregierung könnte sich bei der Anwendung eines übergesetzlichen Notstandsrechts deshalb auch nicht darauf berufen, „eine Verfassungslücke auszufüllen". Im übrigen ist daran zu erinnern, daß — selbst wenn man sich einmal auf den Boden der Argumentation mit dem „übergesetzlichen Notstandsrecht" stellt — sich die Verabschiedung der von der Bundesregierung vorgelegten Notstandsgesetze eine Anwendung dieses angeblichen „Rechtsgrundsatzes" nicht ausschließen würde. Denn schon in den zwanziger Jahren hat der Staatsrechtler Carl Schmitt die Anwendung eines solchen Staatsnotrechtes sogar „neben der Befugnis aus Artikel 48" für möglich erklärt.

Leider hat das Bedürfnis einiger Sozialdemokraten, die Position der SPD in der Notstandsfrage zu rechtfertigen und zu verteidigen, sie zu den besten Propagandisten der Notstandsgesetzgebung werden lassen. Mit der fadenscheinigen Argumentation mit dem Artikel 5 des Generalvertrages habe ich mich bereits an anderer Stelle auseinandergesetzt. 11) Besonders zu erwähnen ist Georg Leber, der sich mit dem Abdruck seiner aus der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung entstandenen Rede in Goch am 24. November 1962 in den „Informationen für die Truppe" einverstanden erklärte. Leber polemisierte in dieser Rede gegen die Mehrheit des Gewerkschaftskongresses — offenbar in Unkenntnis der Tatsache, daß im Grundgesetz bereits eine Wehrverfassung enthalten ist, die nicht nur den Aufbau der Bundeswehr, sondern auch den sogenannten Verteidigungsfall regeln:

> „Was kann die Gewerkschaftsbewegung mit diesen äußersten Mitteln
>
> Streik oder Generalstreik
>
> ausrichten, wenn beispielsweise ein von außen kommender Notstand eintritt, der ganz einfach darin besteht, daß ein Angreifer unsere Grenzen überschreitet und damit den Frieden in diesem

Lande bricht? . . . Was würde es dem indischen Volk helfen, wenn von den Gewerkschaften Streiks ausgerufen würden." 12)

Leber ist auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden erneut für eine „Mitwirkung" der Gewerkschaften bei der Notstandsgesetzgebung eingetreten. Er verkennt dabei, daß solche Mitarbeit im Fall einer Anwendung dieser Notstandsregelungen ihnen nicht nur die Macht, sondern auch die Legitimation nehmen würde, die Rechte der Arbeitnehmerschaft und ihrer Gewerkschaften mit den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes zu verteidigen. Im übrigen zeigt beispielsweise das erwähnte „Memorandum" der Theologischen Sozietät, daß die von Leber geforderten Stellungnahmen, die „Schlimmeres" verhindern sollen, bereits vorliegen.

Die Presse, die jedes prinzipielle Ja zur Notstandsgesetzgebung ebenso herausstreicht wie sie das Nein in den Reden Otto Brenners verschweigt, weiß Lebers inkonsequentes Verhalten jedoch geschickt auszunutzen.

Vom Notstands- zum Antigewerkschaftsgesetz

Wie Georg Leber versuchen einige Befürworter der Notstandsgesetzgebung diese als ein Erfordernis der Territorialverteidigung zu begründen. So heißt es in den vom Führungsstab der Bundeswehr herausgegebenen „Informationen für die Truppe", die „zivile Notstandsplanung" müsse ein „ebenbürtiges Gegenstück zu den militärischen Verteidigungsvorbereitungen" sein. Sobald sie verabschiedet sei, würde auch sie „greifbare Erfolge verzeichnen können und im steigenden Maß zu einer glaubhaften Abschreckung beitragen". 13) Von der bisherigen Regelung für den Notstandsfall und davon, daß die Notstandsgesetzgebung Geist und Substanz des Grundgesetzes wesentlich verändern würde, ist keine Rede. Das zeigt, in welchem Umfang sich innerhalb der Staatsbürokratie und der Bundeswehr das Sicherheits- und Abschreckungsdenken verselbständigt hat gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Während in dieser Weise die Frage der Landesverteidigung in den Vordergrund gerückt wird, hat die Auseinandersetzung in der Metallindustrie gezeigt, daß diejenigen, die bei der Notstandsgesetzgebung zugleich an eine „Zähmung" der Gewerkschaften dachten, dieses Ziel heute wenigstens zu einem Teil auch auf einem anderen Wege anstreben. Es gibt Anzeichen dafür, daß die schon im Januar 1963 durch eine repräsentative Meinungsumfrage in Baden-Württemberg von der Arbeitgeberseite vorbereitete Aussperrung auch dem Zweck gedient hat, ein Anti-Gewerkschaftsgesetz psychologisch vorzubereiten. Wenn die in jenen Tagen geforderten Maßnahmen „Arbeitsfriedensgesetz" und nicht Anti-Gewerkschaftsgesetz genannt wurden, dann erinnert das schon im Sprachgebrauch an die Art, in der man in der DDR die Mauer als „Friedensgrenze" bezeichnet hat.

Die Forderung nach einem Anti-Gewerkschaftsgesetz muß im Zusammenhang mit der Planung der Notstandsgesetzgebung gesehen werden. Vor einem Jahr noch hatte der Präsident der Deutschen Arbeitgeber-Verbände, Dr. Paulssen, erklärt, die Arbeitgeber könnten einen Streik nicht in Kaufnehmen, solange man nicht mit Notstandsgesetzen dagegen vorgehen könne. Heute versucht man dieses durch die Notstandsgesetze angestrebte Ziel durch andere Formen der Einschränkung des unbeschränkten Arbeitskampfes zu erreichen. Die Diskussion um die Fragen der Zwangsschlichtung, der „Beruhigungspause" und einer Begrenzung der Streikfreiheit in „lebenswichtigen Betrieben" weist hier die Richtung an. Offenbar hat man aus dem Verhalten der SPD in der Notstandsdebatte am 24. Januar 1963 die Konsequenz gezogen, daß die Notstandsgesetze nicht ohne weiteres in der jährlichen Lohnrunde als „Hausmittel" gegen Arbeitskämpfe zu verwenden sind.

Im Zusammenhang dieser Fragen ist ein Vortrag zu erwähnen, den der CDU-Abgeordnete Ernst Benda im Mai 1963 vor der Hermann-Ehlers-Gesellschaft gehalten hat und der inzwischen unter dem Titel „Notstandsverfassung und Arbeitskampf" publiziert worden ist. 14) Rechtsanwalt Benda betont ausdrücklich, daß er „nur für sich selbst" spreche. Doch diese sehr sorgfältige und gut dekomentierte Arbeit ist von der Gewerkschaftsbewegung und ihren Freunden deshalb ernst zu nehmen, weil sie den Rahmen der zu erwartenden Maßnahmen absteckt. Benda ist zwar der Ansicht, daß man Arbeitskämpfe nicht „generell verbieten oder gar durch staatliche Zwangsschlichtung vorhandene Konflikte obrigkeitlich beenden" könne (S. 27). Nicht zu beanstanden seien seiner Meinung nach jedoch

> „gesetzgebrische Maßnahmen, die auf eine Beschränkung und die Allgemeinheit möglichst schonende Durchführung von Arbeitskämpfen gerichtet sind." Sie seien „sogar erwünscht, wenn sich erweisen sollte, daß im autonomen Bereich der Koalitionen eine grundsätzlich vorzuziehende freiwillige Regelung nicht erfolgt oder wenn die Belange der Gesamtwirtschaft oder wesentliche Interessen der nicht durch die sozialen Machtgruppen vertretenen Bevölkerungskreise beeinträchtigt würden." (S. 28).

Benda nannte eine der in diesem Zusammenhang möglichen Maßnahmen, die für die Gewerkschaften empfindliche Einbußen bedeuten würden.

Das entscheidende Problem des Vortrages sieht Benda in der Bestimmung der Grenzen des Arbeitskampfes. Er wendet sich vor allem gegen die von der SPD im Rahmen der Notstandsverfassung angestrebte „Legal-Definition", daß die Ausnahmevorschriften auf Arbeitskämpfe keine Anwendung finden. Er meint:

> „Aus ihr müßte mit Sicherheit entnommen werden, daß das, was selbst im Notstande ausdrücklich durch die Verfassung gewährleistet ist, unter normalen **Verhältnissen erst recht** zu gelten hat. Damit wäre gegen die **überlegte Entscheidung** des Parlamentarischen Rates auf dem **Umweg über die Notstands**verfassung eine verfassungsrechtliche Gewährleistung des Rechts zum unbeschränkten Arbeitskampf in das Grundgesetz aufgenommen." (S. 31).

Nach dieser Feststellung wird es nicht mehr möglich sein, eine solche ausdrückliche Verankerung des unbeschränkten Streikrechts in die Notstandsverfassung hineinzuschmuggeln, wie es offenbar einige SPD-Abgeordneten angestrebt hatten, die auf diese Weise die Zustimmung der Gewerkschaften zum Notstandsgesetz einzuhandeln versuchten. Die SPD wird sich zu entscheiden haben, ob sie dieses Ziel wirklich anstrebt und zu einer Bedingung ihrer Zustimmung zur Notstandsgesetzgebung machen will. Leider besteht die Gefahr, daß die SPD sich auf eine „Legal-Definition" einläßt, die nur dem Zweck dient, den Gewerkschaften über die Möglichkeiten, die Notstandsgesetzgebung gegen sie anzuwenden, Sand in die Augen zu streuen. [15])

Ernst Benda ist nach alledem nicht gerade als ein Freund der Gewerkschaftsbewegung zu bezeichnen. Gerade deshalb wiegt seine Bemerkung besonders schwer, die all denen entgegenzuhalten ist, die die Widerstandsfront der Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetzgebung aufzuweichen suchen: „Eine gegen eine geschlossene Gegnerschaft der Gewerkschaften durchgesetzte Notstandsverfassung würde trotz parlamentarischer Zweidrittelmehrheit auf schwachen Füßen stehen" (S. 7).

1) „Lieber Spiegel-Leser", **Der Spiegel,** Jg. 17, Nr. 24 (12. Juni 1963) S. 20.
2) Einen Ueberblick über die wichtigste Literatur und die ersten Stellungnahmen zum Höcherl'schen Notstandsgesetz habe ich in meiner Broschüre „Gefahr im Verzuge — Zur Problematik der Notstandsgesetzgebung", Frankfurt a. M., 1963, gegeben; vgl. ferner die Literaturübersicht in nk 16, S. 26.
3) „Nein zum Notstandsgesetz! Zweiter Teil einer Umfrage" der Zeitschriften **Junge Kirche, konkret, Stimme der Gemeinde** und **werkhefte,** in **werkhefte,** Jg. 17, H. 6 (Juni 1963), S. 209 ff, insbesondere 211.
4) Erich Kuby mit Eugen Kogon, Otto von Loewenstern und Jürgen Seifert „Franz Josef Strauß — Ein Typus unserer Zeit", Wien, München, Basel 1963, S. 365 und 369.
5) Stuttgart 1963 in der von Manfred Nemitz hrggb. Reihe „Streitgespräche"; Leiter des Streitgespräches ist Horst Dahlhaus; Gesprächsteilnehmer sind: Dr. Adolf Bieringer, CDU, MdB; Wolfram Dorn, FDP, MdB; Ulrich Lohmar, SPD, MdB; Manfred Nemitz; Helmut Ridder und Helmut Simon.
6) S. 74
7) ebenda S. 63 f.
8) „Nach der Bundestagsdebatte über die Notstandsgesetze", **Blätter für deutsche und internationale Politik",** Jg. VIII, H. 3 (März 1963), S. 201.
9) „Der Notstand der Demokratie — die Entwürfe zur Notstandsgesetzgebung", in: „Referate der 9. Arbeitstagung und Gesamtaussprache des erweiterten Initiativ-Ausschusses für die Amnestie und der Verteidiger in politischen Strafsachen am 26. und 27. Januar 1963 in Frankfurt am Main", S. 39 (hrggb. von W. Ammann, Heidelberg, Hauptstraße 113).
10) vgl. dazu „Sozialdemokratische Stimmen zum Notstandsproblem (II.) Stellungnahme bei der ersten Lesung der Regierungsentwürfe im Deutschen Bundestag am 24. Januar 1963", hrggb. Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag, Bonn, 1963
11) „Gefahr im Verzuge — Zur Problematik der Notstandsgesetzgebung", a. a. O., S. 25 ff.
12) „Zur Notstandsgesetzgebung" in: Dokumente und Kommentare, Beilage zu **Informationen für die Truppe,** Hefte für staatsbürgerliche Bildung und psychologische Rüstung, H 1/1963, S. 2
13) „Notstandsplanung und Notstandsgesetzgebung" in: **Informationen für die Truppe,** a. a. O., H. 3/1963, S. 162.
14) im Eigenverlag 1963
15) vgl. dazu „Gefahr im Verzuge . . .", a. a. O., S. 59 ff.

Die Linke in den USA

Michael Vester

In der neuen kritik 15 wurde versucht, die wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse in den Vereinigten Staaten anhand des von C. Wright Mills entwickelten Modells der Machtelite darzustellen. Ausgangspunkt der Analyse war die Notwendigkeit, die stagnierende Wirtschaft durch staatliche Investitionen anzukurbeln. Theoretisch könnte dies auch ein ausgedehntes Wohlfahrtsprogramm leisten. Daß die Regierungen jedoch Rüstungsinvestitionen vorziehen, ist auf den Einfluß einer Machtelite politischer, militärischer und wirtschaftlicher Machthaber zurückzuführen. An ihr sind auch die meisten sozialstaatlichen Ambitionen der „Liberals" in der Kennedy-Administration gescheitert, die von der sozialdemokratischen Fiktion einer pluralistischen Gesellschaft ausgegangen waren, in der die sozialen Kräfte sich im Gleichgewicht halten.

Die Theoretiker der Wirtschaftsoligopole sehen trotzdem in der formalen Demokratie immer noch ein Hindernis ihrer Macht. Ihnen geht es darum, dem Staat nicht nur seine wirtschaftliche, sondern auch seine politische Hoheit wieder ganz abzunehmen. Die Untersuchung der Möglichkeiten einer Demokratisierung der amerikanischen Machtverhältnisse hat hier anzusetzen, wenn die Linke überhaupt noch eine Alternative zum industriellen Feudalismus entwickeln will.

Industrieeller Feudalismus

Das Bestreben, den politischen Einfluß der Kapitalgesellschaften zu „konstitutionalisieren", ist schon bei Keynes angelegt: „Ich schlage ... eine Rückkehr zu den mittelalterlichen Konzeption separater Autonomie vor. In England sind die Kapitalgesellschaften jedenfalls eine Regierungsform, die nie aufgehört hat, von Bedeutung zu sein ... wir müssen wohl die halbautonomen Gesellschaften den Organen der Zentralregierung vorziehen." Die „neo-corporationists' haben diesen politischen Wünschen des business eine eigene Theorie zur Verfügung gestellt. „Neo-corporationism" läßt sich schwerlich ins Deutsche übertragen, weil in ihm verschiedene Begriffe zusammenfallen. „Corporative" kann korporativ im horizontalen, mehr berufsständi-

schen, wie im vertikalen, mehr feudalistischen Sinne bedeuten; es trifft sich zudem mit dem Terminus „corporation", der für Kapital- oder Aktiengesellschaft steht. Es soll daher in diesem Abschnitt das Wort „neo-corporationism" bzw. „corporation" gebraucht werden.

Die Selbst-Sozialisierung und Verflechtung der corporations wurde ermöglicht durch die Trennung von Eigentum und Verfügung sowie das Aufsaugen der wettbewerbsschwächeren Unternehmen. „Wer die Neigung zur Besitzkonzentration in einem Industriezweig auf imperalistische Neigungen einzelner zurückführt", so betonte Galbraith, „geht an dem Kern der Frage vorbei, weil es sich darin um eine ausgesprochene organische Entwicklung handelt." Das Prinzip der Minderheitenkontrolle erlaubt z. B., mit 40 000 Dollar sieben pyramidenförmig einander zugeordnete Firmen mit einem Gesamtkapital von 22 200 000 Dollar zu kontrollieren. Sweezy konnte so ausrechnen, daß die 200 größten corporations und die 50 größten Banken in zwölf ihrerseits voneinander abhängige Kapitalgruppen gehören. Diese 200 corporations kontrollierten 1932 57 Prozent des amerikanischen Kapitals, heute aber bereits 74 Prozent, und 37 Prozent der Produktion. Schließlich besaßen die reichsten ein Prozent der Bevölkerung 1953 80 Prozent aller personalen Aktien, praktisch alle öffentlichen Anleihen und zwischen 10 und 33 Prozent aller anderen Eigentumsarten. Nur 12 Millionen Amerikaner, 6,7 Prozent der Gesamtbevölkerung, besitzen so viele Aktien, daß sie davon jährlich mehr als 100 Dollar Einkommen beziehen. Berle und Means hatten 1932 errechnet, daß von den 200 größten corporations 14 Prozent von Minderheiten, 22 Prozent durch juristische Mittel wie pyramiding oder nichtstimmberechtigte Aktien, aber 58 Prozent durch die Managements selber kontrolliert wurden. In jüngster Zeit haben pension trusts und Treuhänderschaften größere Bedeutung erlangt.

Nach Berle schafft diese Entwicklung „eine neue sozioökonomische Struktur", in der das freie Unternehmertum „sich in wenigen hundert nichtstaatlichen kollektiv-kooperativen Institutionen konsolidiert' 'habe: „Eine kommunistische Revolution könnte dies nicht besser erreichen . . ." „Wenn eine russische kommunistische Regierung den Arbeitern erzählt, das Volk besitze die Produktionsmittel, die Regierung aber verwalte sie, dann weist sie der Bevölkerung eine passiv-rezeptive Haltung zu, die der unseren vergleichbar ist." Wenn eine Oligarchie unkontrollierter Manager fortwährend Entscheidungen trifft, die die gesamte Gesellschaft betreffen, dann ist die feudale Analogie angebracht.

Die „neo-corporationists' 'verkehren diese Unabhängigkeit von gesellschaftlicher Kontrolle in eine notwendige Vorbedingung, die von den kleinlichen und entstellenden Einflüssen kurzsichtiger Profiterwägungen befrei; nach Berle sind die Manager verantwortliche Staatsdiener. Die Forderung nach der „Konstitutionalisierung" der corporations läuft darauf hinaus, die neue politische Ordnung auf ein „commonwealth of corporations" zu gründen. W. H. Ferry versteht darunter eine „Assoziation freier sich selbst regulierender Nationen". Pater Murray, S. J., erläutert: „Das wird zwar technisch als korporativer Staat bezeichnet. Ich meine damit aber nicht den Korporativstaat faschistischer Machart, der offen totalitär war", sondern einen Ständestaat, wie er „von einigen deutschen Ökonomen und politischen Denkern" als eine Alternative zum Sozialismus und zum Kapitalismus entwickelt, „eine Integration der wirtschaftlichen und politischen Ordnung, eine legalisierte Verschmelzung der politischen und ökonomischen Prozesse".

Es geht also um die politische Kontrolle nicht ü b e r, sondern d u r c h die corporations. Scott Buchanan drückt das am offensten aus: „Man hätte dann 200 oder 500 corporations... und so etwas wie ein Parlament der corporations, das die politisch-ökonomischen Angelegenheiten gesetzlich regeln würde... Das bedeutet nicht notwendig, daß wir ein demokratisches Dogma oktroyieren." Nicht Demokratie, sondern Effektivität! Wenn bürokratisches Management unvermeidlich ist, dann soll es auch effektiv sein.

Der feudalisierte Bürokratismus gedenkt liebevoll der Gewerkschaften. Buchanan stellt sich eine durchkonstruierte corporation vor, in der Gewerkschaften, ja auch Kreditgeber und Käufer „ausdrücklich einen Status als Mitglieder oder Untertanen dieser Regierungen (corporations)" haben sollen. Dann brauche man auch keine Gewerkschaften auf nationaler Ebene mehr. Peter Drucker erklärte 1949 in seinem Buch „The New Society" den Gewerkschafter zu einem besonderen Managertyp, der wie ein Generaldirektor nicht den Gewerkschaftsmitgliedern, sondern der Organisation als solcher verantwortlich ist. Durch die Integration der Gewerkschaften in das System, die ja in der Tat objektiv stattfindet, saugen die corporations die Gesellschaft in sich auf. Sie sind eine gesellschaftliche, keine staatliche Organisation. Daß sie dennoch nach politischer Macht streben, zeigt Buchanas Forderung nach einer besonderen Kammer im Parlament, die „Manager, Ingenieure und Arbeitnehmer vertritt".

Und da die Entwicklung strukturell mit der in der Sowjetunion konvergiere, träumt man von internationaler Entspannung und einer korporationistischen Weltregierung. Der „neo-corporationism" ist zeitgemäßer als die ständische Romantik, die als sozialdemagogische Herrschaftstechnik in den schwarzsozialistischen Flügel des italienischen Faschismus, den Strasserschen Staatsfeudalismus und die nationalsozialistische Arbeitsfront einging. Er macht Gewaltlösungen wie die des Faschismus unnötig. Er ist vielmehr eine dem kapitalistischen Klasseninteresse angemessene Adaption der syndikalistischen und Räteideen des Sozialismus; denn er wird den Tendenzen zum industriellen Feudalismus gerecht: der gewaltige politische Einfluß der corporations und die Integration der Gewerkschaften, ihr innerbetrieblicher Paternalismus und ihre väterliche Sozialfürsorge sollen nur legalisiert werden. Die Kriegserklärung der neuen Feudal-

herren gilt dem Staat, dem sie seine seit dem New Deal gewachsenen wirtschaftlichen Hoheitsrechte wieder abtrotzen wollen. Damit ließe sich möglicherweise ein krisenfestes feudalkapitalistisches Millennium errichten, in dem die corporations selbst die Planung des Arbeits- und Warenmarktes und eines paternalistischen Wohlfahrtsprogramms in die Hände nehmen. Es wäre durchaus vorstellbar, daß sie nach der Eroberung des Staats die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft durch Planung beheben können. Die Schlacht ist jedoch noch nicht gewonnen, obschon die Kompromittierung des Official Liberalism ein strategischer Erfolg war.

Die wohlwollende sozialstaatliche Bevormundung der neocorporationists, die von Hause aus eher Liberals als Konservative oder Reaktionäre sind, hat ihnen unter allen Verfechtern des Wohlfahrtsstaats sozialdemokratischer, katholischer und liberaler Prägung Verbündete gewonnen. So heterogene Richtungen wie der Fabische Elitismus, die SFIO Guy Mollets und die seinerzeit von Wenzel Jaksch geführte Strömung in der SPD, die einst dem Strasser-Flügel der NSDAP die Hand ausstreckte, sind dem bürokratischen Kollektivismus näher als sie zugeben würden. Nach dem Scheitern der Wunschpolitik der alten Linken haben sie sich den stärkeren Bataillonen zugeschlagen wie C. A. R. Crosland: „Die Labour Party erkennt an, daß die großen Firmen, bei zunehmend professionellem Management, im großen und ganzen der Nation einen guten Dienst erweisen."

Strategie der Linken

Mit Schlagworten wie „Sozialfaschismus" oder „industrieller Feudalismus" hat die Linke freilich den neuen Kapitalismus weder theoretisch noch praktisch im Griff. Bevor eine neue Strategie entworfen werden kann, sind die bisher voneinander isolierten Theorien von Bürokratisierung, neocarporationism, Wohlfahrtsstaat, Klassenkampf, Imperialismus, kapitalistischem Zusammenbruch etc. kritisch weiter zu entwickeln und so in Beziehung zueinander zu setzen, daß sie die Wirklichkeit als Ganze erfassen können. Eins aber ist heute schon unbestreitbar: wenn die Linke eine konkret-realisierbare demokratische Alternative zum autoritären Wohlfahrts- oder Korporativstaat anbieten will, muß sie erkennen, daß die Vertreter des industriellen Feudalismus sowohl die objektive gesellschaftliche Entwicklung wie das militärisch und administrativ bewaffnete Interesse der ökonomisch und gesellschaftlich Herrschenden auf ihrer Seite haben. Indem sich der Kapitalismus planwirtschaftlichen Techniken und staatlicher Zwangsregulierung immer mehr aufgeschlossen zeigt, kann er durchaus eine permanente Stabilisierung des Systems zustandebringen. Die Linke kann nicht mehr auf die Möglichkeit einer Krise, sondern nur noch auf ihre eigene Aktivität bauen: Wenn Sie mit derselben Wollust, mit der sie die Krisenastrologie der alten Linken zerstörte, sich nun unter dem Namen des Realismus dem Lauf der Gesichte wie einem unabänderlichen Schicksal unterwürfe, wäre dies nur eine Fortsetzung der fatalistischen Politik der alten Linken mit anderen Mitteln. Ihre Möglichkeiten liegen dort, wo die autoritären ihre letzten Hindernisse sehen: in der parlamentarischen Demokratie, bei den Unterprivilegierten, im Erziehungswesen — kurz: überall dort, wo unabhängige Meinungen noch entstehen und zur politischen Bewegung werden können.

In dem Maße, wie sich die Verhältnisse in den USA und in Westeuropa angleichen, verdient die Strategie der amerikanischen Linken unsere Aufmerksamkeit. Es sind daher die politischen Aktivitäten der gesellschaftlichen Gruppen zu untersuchen, die an einer Veränderung des Status quo interessiert sind. Zu ihnen zählen wesentlich die Gewerkaften, die Emanzipationsbewegungen der Neger, die linksliberalen und sozialistischen Intellektullen und die Abrüstungsbewegung.

Die sozialistische Partei

Das Fehlen einer politischen Interessenvertretung der Arbeitnehmer wurde zuerst von Karl Marx mit der „frontier thesis" erklärt, nach der eine sozialistische Bewegung nicht entstehen konnte, solangen icht die erste Eroberung Nordamerikas abgeschlossen war; die offene Grenze war das Sicherheitsventil, das die Absorption der Unzufriedenen in der Kolonisation des Westens ermöglichte. Zur Kanalsierung sozialer Konflikte trugen die besonderen Entwicklungsbedingungen des amerikanischen Kapitalismus bei. Es fehlten feudale Traditionen, die eine explizite Institutionalisierung von Klassenschranken begünstgt hätten. Der Glaube an die gleiche Startchance und daran, daß jeder die Stellung bekommt, die er verdient, etablierte sich so dauerhaft, daß er heute noch beherrschend ist, obschon es eine allgemeine soziale Mobilität nicht mehr gibt. Da die industrielle Revolution zeitlich mit der Entstehung der Nation zusammenfiel, konnte sich der Kapitalismus fester als anderswo im Bewußtsein der Bevölkerung mit dem Gemeinwohl und dem wachsenden Lebensstandard verbinden. Die Tatsache, daß jeweils die zuletzt eingewanderten Nationalitäten die schlechtesten Arbeitsplätze erhielten führte dazu, daß die sozialen Spannungen als ethnische, nationale oder religiöse ausgetragen wurden. Infolge der unterschiedlichen regionalen Entwicklung erlangten Protestbewegungen kaum nationale Bedeutung. Daher konnten neue Parteien nie von unten herauf — „from the grassroots", sondern immer nur als Zusammenschluß bereits bestehender, meist regional gefärbter Interessengruppen entstehen. Die Strategie der sozialistischen Partei, von europäischen Einwanderern importiert, vermochte diesen spezifisch amerikanischen Bedingungen nicht gerecht zu werden. Die Periode der robber barons hatte seit den Neunzigerjahren im Mittelwesten eine radikale agrarische Reformbewegung auf den Plan gerufen, die sich als Verbündeter der sozialistischen Partei anbot. Die sozialistische Partei lehnte diese Allianz

im Jahre 1900 ab, da Landwirte, obschon hart vom Kapital bedrückt, nach den Worten des Parteiführers Job Harrison, „nicht zur Arbeiterklasse gehörren, weil sie Bauernhöfe besitzen". Eine spätere Revision dieses Beschlusses konnte die Wahlniederlage von 1912 nicht mehr verhindern, obschon die SP trotzdem 5,9 Prozent erreichte. Der Zerfall der Partei während des ersten Weltkrieges hinderte die radikalen Weizenfarmer von Oklahoma und Nord-Dakota daran, auf nationaler Ebene eine starke sozialistische Bewegung aufzubauen; dennoch behielten sie großen Einfluß im Mittelwesten. 1916 bis 1920 und später wieder in der Weltwirtschaftskrise regierte die radikale Non-Partisan League den Staat Nord-Dakota. Die Rooseveltschen Reformen brachen der neuentstehenden radikalen Bewegung, die in Kanada noch heute ein bedeutender politischer Faktor ist, jedoch die Spitze ab und verhinderten die Entstehung einer neuen linken Partei. Roosevelt hinterließ eine gestärkte liberale, gewerkschaftliche und sozialistische Linke, die sich nach dem Kriege zu einer parlamentarischen Anti-Trust-Koalition anbot. Gegen den Widerstand der Regierung und der AFL-Gewerkschaften waren, unter der Führung von Walter Reuthers Automobilarbeitergewerkschaft und teilweise unter sozialistischem und kommunistischem Einfluß, Industriegewerkschaften entstanden, die sich im Congress of Industrial Organizations (CIO) zusammenschlossen und erst 1955 wieder mit der AFL vereinigten. In der Demokratischen Partei rief eine liberale Gruppierung nach entschlosseneren Aktionen gegen die Kartelle. Zu ihnen gesellten sich örtliche Arbeitnehmerparteien wie die American Labor Party in New York. Die Politik des Kalten Krieges, die die liberale New-Deal-Ära ablöste, stieß auf starken Widerstand, symbolisiert in Henry Wallace, der 1946 aus Trumans Kabinett gedrängt wurde und nach einer neuen Basis für eine liberale Friedenspolitik suchte. Diese Basis sollte die

Progressive Party

darstellen. Ihre Gründung führte trotz Repräsentation in 45 Staaten zur teuersten Wahlniederlage der amerikanischen Geschichte — jede registrierte Stimme kostete fast drei Dollar — und schließlich zum Zerfall der Partei. Schmidt vertritt in seinem Buch „Henry Wallace: Quixotic Crusade" die These, daß nicht die Führung der Partei durch die Kommunisten, sondern die Abwesenheit der anderen Gruppen für das Scheitern der Progressives verantwortlich sei. Die Kommunisten seien nicht an einer Manipulation des Programms, sondern durchaus an einer breiten Basis für eine Anti-Trust-Koalition interessiert gewesen. Die von den Kommunisten ins Auge gefaßten Strömungen repräsentierten freilich nur die fortgeschrittensten Teile der gesellschaftlichen Gruppen, die das Wählerpotential für eine dritte Partei hätten stellen können. Ihnen kam die Parteigründung zu früh, oder sie bedeutete das Ende ihres politischen Einflusses. Die Linke der Demokratischen Partei kehrte zu Truman zurück. Die American Labor Party scheute das Risiko. Der Kongreß der CIO formulierte zwar radikale Forderungen, versagte jedoch Wallace jede Wahlkampfunterstützung; der Versuch, die Arbeitnehmermassen ihren Organisationen abspenstig zu machen, scheiterte und führte unmittelbar zum Ausschluß der linken Gewerkschafter aus der CIO.

Daß die Kommunisten, blind gegenüber der innenpolitischen Situation, das Wahlkampfprojekt aufrechterhielten, ist vermutlich auf ihre Abhängigkeit von der soeben gegründeten Kominform zurückzuführen, die die Parole von der Überschätzung des imperialistischen Lagers und der Unterschätzung der eigenen Stärke ausgegeben hatte. So kam es zur Gründung einer unrepräsentativen Partei ohne Massenbasis, die leicht als kommunistisch gebrandmarkt werden konnte, und zur Isolierung der Entspannungspolitiker. James Weinstein kommentierte in „Studies on the Left": „All dies soll jedoch nicht sagen, daß die Etnwicklung des Kalten Krieges nicht wesentlich anders verlaufen wäre, wenn die Linke andere Taktiken verfolgt hätte ... Es ist jedenfalls klar, daß der verfrühte ‚Kreuzzug für den Frieden' von 1948 vor allem die Schwächung jeder Friedenspolitik bedeutete."

Gewerkschaften

Politische Abstinenz hat seit der Gründung der American Force of Labor (AFL) im Jahre 1886 durch Samuel Gompers das Programm der amerikanischen Gewerkschaften bestimmt. Gompers Programm des „business unionism" ging von der doppelten Annahmeder dezentralisierten Wettbewerbswirtschaft und der gesellschaftlichen Neutralität des Staates aus: dies bedeutete den Verzicht auf eine Veränderung der kapitalistischen Produktionsweise und auf politisches Auftreten der Gewerkschaften; es bedeutet zugleich die Beschränkung auf eine ständische und nicht auf ganze Industriezweige zugeschnittene Organisationsform und auf direkte Verhandlungen mit den Unternehmern um bessere Arbeitsbedingungen.

Mit der Gründung des CIO hatte sich zwar die Einsicht durchgesetzt, daß die Gewerkschaften gegen die Wirtschaftsoligopole nur dann etwas ausrichten können, wenn sie sich ebenfalls nach Industriezweigen organisieren. Die Staatstheorie der Unternehmer, nach der die Regierung eine neutrale und vermittelnde Kraft über den gesellschaftlichen Interessen ist, wurde jedoch kaum angetastet: vielmehr machte sich der CIO zum Parteigänger des durch Staatinterventionen regulierten Kapitalismus und verstand sich wesentlich als pressure group für einen gemäßigten Wohlfahrtsstaat; dieses Ziel sollte durch Druck auf den liberalen Flügel der Demokratischen Party und auf die Unternehmer erkämpft werden. Durch diese Strategie und das Wohlwollen der Roosevelt-Administration gestärkt, erreichten die Gewerkschaften im Wagner Act von

1935 die gesetzliche Anerkennung ihrer Forderungen nach einer Garantie des Rechts auf Kollektivverträge, das 1933 erst für verfassungswidrig erklärt worden war, und nach dem Verbot gewerkschaftsfeindlicher Unternehmerpraktiken. Von 1933 bis 1945 schnellte ihre Mitgliedschaft von drei auf dreizehn Millionen.

Seit der Nachkriegsrezession sahen sich die Gewerkschaften vor neue Probleme — Automation, Arbeitslosigkeit, Zunahme der Angestellten usw. — gestellt, die mit einer Politik kaum zu lösen waren, die auf Strukturveränderungen verzichtete. Das Fehlen einer eigenen politischen Interessenvertretung ist wohl eine Hauptursache dafür, daß sie sich mit ihrer Anerkennung letztlich doch ihre Integration und politische Neutralisierung einhandeln mußten. Der Rückschlag begann mit dem Taft-Hartley Act von 1947, der zwar den Wagner Act bestätigte, aber zugleich den Gewerkschaften unter anderem verbot, die Verhandlungen mit seinen Unternehmern abzulehnen, Mitgliederbeiträge politischen Zwecken zuzuführen und früher als 60 Tage nach Kündigung der Kollektivverträge in den Streik zu treten; der Präsident erhielt das Recht, Streiks, die „die nationale Gesundheit oder Sicherheit bedrohen" würden, für 80 Tage auszusetzen.

Obschon der Kennedy-Landrum-Griffin Act 1959 die Gewerkschaften weiteren Kontrollen unterwarf, hat sich nach den jüngsten Streiks in Arbeitgeberkreisen und der breiten „Öffentlichkeit" die Ansicht durchgesetzt, daß das Taft-Hartley-Gesetz zur Verhütung und Beilegung von Streiks nicht mehr ausreiche. Der demokratische Senator MacClellan hat im März im Kongreß einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Forderungen der National Manufacturers Association nach Anwendung der Antitrustgesetze auf die Gewerkschaften und einem allgemeinen Streikverbot für die Rüstungsindustrie aufnahm. Größere Unterstützung in der Öffentlichkeit und im Kongreß hat freilich der Vorschlag einer ausschließlich schiedsrichterlichen Beilegung von Streiks, die zu einem „nationalen Notstand" führen können; Gewerkschaften wie Unternehmer lehnen solche Zwangsschlichtung jedoch grundsätzlich ab.

Daß die AFL-CIO-Mitgliedschaft seit 1955 wieder von fünfzehn auf dreizehn Millionen gesunken ist, illustriert, daß der „deal with the ruling class" einem Pyrrhussieg nahekommt, und bestätigt die These Harold Laskis, daß d ie wohlfahrtsstaatlichen „Ziele der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung in der Tat unerreichbar sind, wenn zu diesem Zwecke nicht eine politische Partei gebildet wird." Diese Forderung darf zwar nicht zu wörtlich genommen werden. Daß jedoch die Ziele der Arbeitnehmer heute nicht mehr ohne strukturelle, das heißt politisch zu erkämpfende, Veränderungen möglich sind, wurde besonders deutlich, dals im vergangenen Februar die AFL-CIO die gesetzliche Einführung der 35-Stunden-Woche zu ihrem Hauptziel erhob, weil die Regierung und der Kongreß nichts tun, um die Arbeitslosigkeit mit anderen Mitteln energisch zu bekämpfen. Obschon Kennedy selberdie Zahl der jährlich durch Automation freigesetzten Arbeitnehmer auf 200 000 schätzt, lehnt seine Regierung wie der Kongreß diese Forderung wbenso ab wie die Unternehmer. Solange jedoch die Wahlbeteiligung der Gewerkschaftsmitglieder mit 40 Prozent weit unter der der Mittelschichten liegt, wird sich daran kaum etwas ändern.

Sozialistische Wahlerfolge in Detroit und Wisconsin verraten, daß es ein „labor vote" gibt, das während einer kritischen Wahlperiode mobilisiert werden kann. Der Soziologe Sidney M. Peck führte 1955 bis 1958 in Milwaukee eine Studie durch, nach der die meisten gewerkschaftlichen Vertrauensleute „die Notwendigkeit einer politischen Aktivität der Gewerkschaften anerkannten... Im Gegensatz zu C. Wright Mills pessimistischen Bermerkungen über den durchschnittlichen Arbeiter... unterschieden die Vertrauensleute nicht scharf zwischen Wirtschaft und Politik als getrennten Bereichen des sozialen Lebens..." Vielmehr sahen sie in politischer Aktivität das einzige Mittel, mit dem die organisierten Arbeitnehmer die politische Vorherrschaft, verkörpert in der Republikanischen Partei, überwinden können.

Obschon die meisten Vertrauensleute die Demokratische Partei als die Partei der Arbeitnehmer betrachten, erkannte eine starke Minderheit, daß beide großen Parteien von den Besitzenden kontrolliert werden und den Arbeitern nur die Wahl des kleineren Übels bleibt. Die Enttäuschung der Arbeiter über die Demokratische Partei ist zwar im Wachsen, scheint jedoch nicht auszureichen, heute schon einen politischen Farm-Labor-Bloc zu schaffen. Ein Vertrauensmann erklärte sich das damit, „daß die höheren Gewerkschafter sagen, es gebe keine Agitation von unten ... Und die Arbeitnehmer sagen, wir wollen nichts riskieren, solange ihr da oben die Democrats hofiert." Peck vermutet, daß die „‚Apathie' der Industriegewerkschafter, sofern sie vom Fehlen einer sinnvollen politischen Alternative herrührt, als eine Klassenreaktion der Arbeiter betrachtet werden kann, die sich irregeführt glaubten... Auf den jüngsten Kongressen der AFL-CIO und der Automobilarbeiter erschienen die Delegierten enttäuscht und verbittert gegenüber der Rolle der Demokratischen Partei als ‚Vertreter der Arbeitnehmerschaft'." Zweifellos wird sich viel Verbitterung aufstauen müssen, bevor die Gewerkschaften sich auf ein politisches Regroupment einlassen.

Das machtpolitische Vakuum im Bereich der Arbeitnehmerschaft hat sich ein Außenseiter zunutze gemacht: die aus der AFL-CIO ausgeschlossene Transportgewerkschaft („Teamsters"), die unter Hoffa zur bestbezahlten und größten Gewerkschaft der USA geworden ist. Ihr Erfolg belegt, im Vergleich zur AFL-CIO, daß Militanz heute allemal höher honoriert wird als gute Manieren.

Die Rassenfrage

Seit Roosevelt haben die ethnischen Minderheiten, hauptsächlich Neger, Mexikaner, Juden und Puerto-Rikaner, für

die Demokratische Partei gestimmt. Politisch wichtig sind vor allem die achtzehn Millionen amerikanischen Neger, obgleich sie schlecht organisiert sind und durch die Wählersteuern, im Süden zusätzlich noch durch massive Einschüchterung, von der Wahlbeteiligung abgehalten werden. Sie sind auf allen Gebieten so kraß benachteiligt, daß sie den natürlichen Partner der Arbeitnehmerorganisationen darstellen, ja möglicherweise ihre politische Avantgarde. Was als Kastenproblem erscheint, hat seine Wurzel vor allem in dem Wettbewerb um Arbeitsplätze, die nicht nur in den Südstaaten in ausreichender Zahl fehlen. Daher die Zurückhaltung der AFL-CIO, die offenbar ihre weißen Mitglieder in den Südstaaten nicht brüskieren will. David Carper folgerte in „DISSENT": „Die Nacktheit des Vorurteils und der Feindseligkeit des AFL-CIO-Vorstandes gegenüber den politischen Bestrebungen der Neger ... hat zu einer Krise in der amerikanischen Arbeiterbewegung geführt, die so total, so organisch und so intim ist wie die Geburt eines Kindes." Das Kind, so meint Carper, könnte eine schwarze Gewerkschaftsführung sein. Die Wehen werden verstärkt durch die stetigen Angriffe des sozialistischen Neger-Gewerkschaftsführers Philip A. Randolph auf die Apartheid unter den Gewerkschaftsfunktionären. Unverhoffte Hebammendienste werden zudem von den nördlichen Democrats und, besonders in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen, von der Kennedy-Administration geleistet; denn die Negergewerkschafter haben begonnen, unabhängige politische pressure groups aufzubauen.

Um die Arbeitsbedingungen und Bürgerrechte der Neger hat sich vor allem die National Association for the Advancement of Colored People verdient gemacht. Bis zu den Unruhen dieses Sommers hatte die NAACP sich eher als Lobby denn als solidarisch-militante Organisation der Neger verstanden. Dieses Vakuum wurde in vielen Negergemeinden und an den südlichen Universitäten von der schnell wachsenden Massenorganisation der Black Muslims ausgefüllt, die als rassistisch gilt, da sie besondere Betonung auf islamische Erziehung und militantes Rassenbewußtsein legt. Die Muslims bieten, was den Negergemeinden fehlt: Solidarität, Heimat, Selbstbewußtsein und ein Ziel — das der Emanzipation durch konsequente Rassentrennung. Der Sozialpsychologe Gordon W. Allport betonte: „Es genügt nicht, diese Bewegung als finstere Abnormität abzutun. Sie hat tiefe Wurzlen im Protest... Es ist (unsere) Nachlässigkeit, die zum Entstehen der Black Muslims geführt hat."

Die Militanz der gewaltlosen Aktionen, die sich jetzt auch in der NAACP durchgesetzt hat, ging zuerst von den liberalen und sozialistischen Studenten des Nordens aus, die sich in den „freedom rides" in die segregierten Busse und Restaurants setzten, die Gründung studentischer Protestorganisationen ermutigten und große Opfer für die Registrierung schwarzer Wähler brachten. Diese Herausforderung wurde im Süden mit brutalem Terror beantwortet; einige Bundesstaaten verabschiedeten zudem die berüchtigten Gesetze gegen „kriminelle Anarchie", die den Protest gegen die Rassentrennung mit bis zu zehn Jahren Haft bedrohten. Eine New Yorker Studentenzeitung füllte monatlich zwei eng bedruckte Seiten mit einer Chronik zahlreicher Terrorakte, die kaum in die übrige Presse gelangte. Während die Gewerkschaften von den Negern aus guten Gründen als moralisch korrupt angesehen werden, sind sie für die Unterstützung der gewaltlosen Aktionen durch die gewerkschaftlich geförderte Organisation Congress of Racial Equality (CORE) sehr dankbar. Hier liegt die Möglichkeit einer Partnerschaft, die sich beispielsweise am 24. Juni in Detroit ausdrückte, als 100 000 Menschen kamen, um Martin Luther King, den linken Bürgermeister Cavanagh und den Gewerkschaftsführer Walter Reuther zu hören.

Die gegenwärtigen Unruhen und die Beschleunigung der bislang verzögerten staatlichen Integrationspolitik sind nicht die einzigen Resultate der direkten Aktionen: Das neue Selbstbewußtsein der Neger drückt sich ebenfalls in den Negergemeinden aus, wo die jungen Leute, vorweigend Arbeiter, gegen den Widerstand des konservativen Negerklerus zur sozialen und kulturellen Selbsthilfe greifen. In diesem Sommer mußte die amerikanische Öffentlichkeit erkennen, daß die Nger am Ende ihrer Geduld sind; ihre neue Miltanz könnte, wenn zugleich die Registration schwarzer Wähler große Fortschritte macht, den Ausschlag für ein parteipolitisches Realignment geben.

Single Purpose Movements

Die Protestbewegungen gegen die Rassentrennung zählen zur Kategorie der single purpose movements, die zur einem einzigen Zwecke, zum Beipsiel der Rassenintegration, der Abrüstung oder der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, entstehen und daher viel größeren Zulauf haben als Organisationen, deren Programm von vornherein auf eine Veränderung der gesamten Gesellschaft zugeschnitten ist. Sie gehen von unmittelbaren Interessen aus, die sie oft in eindrucksvolle Aktionen transformieren können; wenn sie dabei auf den Widerstand der herrschenden Interessen stoßen, resignieren sie entweder oder werden politisch und fordern eine Veränderung der gesamtgesellschaftlichen Machtverhältnisse, ohne die auch die Erreichung ihres partikularen Ziels unmöglich ist.

Hier liegt ein Ansatzpunkt neuer gesellschaftlicher Dynamil; darauf hatte Ossip K. Flechtheim bereits in der „neuen kritik" 8 hingewiesen: Gegenüber den „hierarchischen und bürokratisierten, konservativ gewordenen Parteien" könnten „gerade die kleineren und formloseren politischen Vereinigungen ein Moment der Bewegung und Erneuerung, der größeren Perspektive und Selbstlosigkeit" repräsentieren. Die Emanzipationsbewegungen der amerikanischen Neger haben diese Strategie mit Erfolg angewandt. Zugleich haben sie sich politisiert wie die antirassistische Studenten-

organisation SNCC, die seit dem letzten Jahr dem bloß moralischen Protest eine Analyse der ökonomischen und politischen Machtstruktur hinzugefühgt hat; diese neue Analyse hat die 350 Teilnehmer des jüngsten SNCC-Kongresses feilich noch nicht zu einer Änderung ihrer Strategie bewegt: Wählerregistration, sit-ins- und die Unterstützung von Massenaktionen sind immer noch wirksam genug.

Politisierung der Hochschulen

SNCC ist nur ein Teil der „campus revolution", der Politisierung der Studentenschaft, die die Apathie der Fünfzigerjahre ablöste. Sie wurde möglich in der liberaleren Atmosphäre der Kennedy-Administration, in der erst die Konzeptionen von C. Wright Mills für eine neue linke Strategie sich bewähren konnten. Mills hatte behauptet, daß „mindestens in diesem Augenblick" die junge Intelligenz „die Rolle eines radikalen Trägers der notwendigen Wandlungsprozesse übernehmen kann.. Aus der Praxis der protestierenden jungen Intellektuellen müssen wir zu lernen versuchen und gemeinsam mit ihnen neue Formen des politischen Handelns entwickeln." Es komme darauf an, den „moralischen Protest der jungen Leute" in klare Formen zu bringen und die „Ideologeme, die Strategie, die Theorie" zu entwickeln, „die ihre Kräfte vervielfacht." Damit wurde der studentischen Linken mehr als politische Praxis aufgegeben: „Wenn es überhaupt eine Politik der Neuen Linken gibt, so kommt es auf eine Strukturanalyse und auf eine Grundlagenkritik des Politischen an."

Ansätze dieser Strukturanalyse lieferte Mills in seinem Modell der Machtelite, das er als provisorische Hilfskonstruktion bezichnete. Da die Arbeitnehmer und ihre Organisationen psychologisch und politisch ins System integriert seien, könne die Remobilisierung vorläufig nur von der Intelligenz ausgehen, die dies noch reflektiert. Diese Aufgabe wurde bislang am besten von den Students for a Democratic Socienty (SDS) begriffen. Sie ist die autonome Studentensektion der League for Industrial Democracy, der Fabischen Gesellschaft Amerikas, der prominente Intellektuelle und Gewerkschafter angehören. Seit drei Jahren ist der „SDS" von wenigen Dutzend auf ungefähr 1000 Mitglieder angewachsen und hat sich zugleich von seinem alten Traktätchen-Fabianismus befreit.

Die Führung des „SDS" konzipiert und propagiert jedoch ihre sozialistischen Ziele so wenig doktrinär, daß ihr radikaldemokratisches Image ihnen den Zulauf sozialistischer wie liberaler Akademiker und eine beachtliche Wirkung nach außen sichert — so zum Beispiel auf den Vorstand der National Student Association (NSA), die unserem VDS entspricht, auf studentische single purpose movements für Rassenintegration und Abrüstung und in geringerem Umfang auf die Gewerkschaften. Ihr Einfluß scheint vor allem darauf zu beruhen, daß zu den jeweiligen Problemen in Teamarbeit Analysen und Konzeptionen erarbeitet werden: zur Hochschulreform, zu Abrüstungsfragen (Peace Research), zur Außenpolitik, zu verschiedenen konkreten Aspekten des Rassenproblems, zum parteipolitischen Realignment und so weiter.

Eine orthodoxere linkssozialistische Politik an den Hochschulen verfolgt die Jugendsektion der Sozialistischen Partei, die Young Peoples Socialist League (YPSL), die ebenfalls ihre Mitgliederzahl vervielfacht hat. YPSL-Mitglieder haben besonders starken Einfluß auf die Student Peace Union (SPU). Kaum zwei Jahre alt, ist die SPU mit über 2000 Mitgliedern die größte linke Studentenorganisation und hat durch ihre strikt neutralistische und nicht auf boßen Pazifismus beschränkte Politik dem CND-Zeichen eine günstige Presse gesichert: so in der New York Times, in Look Magazine und dem Nachrichtenmagazin Newsweek. Auch für die SPU gilt die Forderung Mills, daß auf theoretische Studien ebenso Wert gelegt wird wie auf direkte Aktion. Über seinen Tod hinaus ist Mills der Kopf der studentischen Linken geblieben, um den keine Diskussion herumkommt. Umstritten ist freilich noch seine Prämisse, „daß die Arbeiterklasse nun alt ist und die Intellektuellen selber den Kampf aufnehmen müssen." In der Studentenzeitschrift „Studies on the Left", die diese Fragen soziologisch fundiert diskutiert, wurde darauf hingewiesen, daß die Intelligenz, besonders in der Rassen- und Gewerkschaftsfrage, auf Unterstützung der Bevölkerung angewiesen bleibt. Die Mehrzahl der linken Studenten identifiziere sich zwar mit den Schriften von Mills, stehe jedoch seinem Elitismus kritisch gegenüber. Damit korreliert der Glaube, Gewaltlosigkeit sei an sich gut.

Die jungen Linken rekrutieren sich hauptsächlich aus Stevenson-Demokraten, Sozialdemokraten, Sozialisten, Pazifisten und einigen wenigen Kommunisten. „Kommunismus ist natürlich eine Frage, die uns spaltet." Wie überall, so blüht auch hier der ‚Nazißmus', daß ICH linker bin als du; die Opposition gegen den blinden Antikommunismus hat Teile der studentischen Linken dazu verleitet, Liberalisierungstendenzen im Kommunismus unkritisch zu überschätzen. Die Bürokratisierung der kubanischen Verhältnisse wurde auch dann noch geleugnet, als Castro gegen sie bereits durchgriff. Solche Tendenzen werden durch die Simplifikationen Sweezys unterstützt, der jedoch nur geringen Einfluß auf die Studenten ausübt.

Das Programm der jungen amerikanischen Linken erinnert an die Neue Linke in England: Kampf für Abrüstung und neue soziale Perspektiven, gegen Rassendiskriminierung und die sozialen Illusionen der schönen neuen Welt; die Höhepunkte der campus revolution waren die Freedom Rides in den rassistischen Süden und die Proteste gegen die sowjetischen und amerikanischen Kernwaffenversuche, die im Februar 1962 zu einer Demonstration in Washington führte, die mit 5000 beteiligten Studenten die größte seit Jahrzehnten war. Der Marsch auf Washington war gleichzeitig eine Aktion des drei Monate vorher gegründeten Organisationskartells.

Turn Toward Peace

Unter dem Vorsitz des Sozialistenführers Norman Thomas faßt TTP über dreißig pazifistische, studentische, liberale, sozialistische, gewerkschaftliche, kirchliche und antirassistische Organsationen zu einer pressure group für Abrüstung zusammen. Da „Abrüstungsmaßnahmen allein nicht genügen", präsentiert TTP ein Sechspunkteprogramm, das weit über den bloßen Pazifismus hinausgeht.

Dazu gehören konkrete und inzwischen wissenschaftlich fundierte Forderungen nach der Entwicklung eines neuen Völkerrechts; nach besserer Entwicklungshilfe, die den revolutionären Veränderungen in der Welt gerecht wird; nach Wirtschaftsplanung zur Ermöglichung der Abrüstung; nach Abbau der internationalen Spannungen durch Rüstungskontrolle, Disengagement in Mitteleuropa und der Stärkung der UNO; nach der Entwicklung gewaltloser Methoden zur Verteidigung der Freiheit. Das Ziel von TTP ist die „weltweite Abrüstung durch Verhandlungen und Abkommen zwischen den Nationen der Welt."

Die Bedeutung von TTP liegt in der Breite des Programms und der kooperierenden Organisationen; erwähnenswert sind vor allem folgende: Die Quäker haben die organisatorische Koordination und die Verteilung der Aufklärungsschriften von TTP übernommen; vor allem ihrer Umsicht ist die Radikalität und die Tatsache zu verdanken, daß TTP antikommunistischen Verketzerungen bislang entgangen ist. Bemerkenswert ist auch die Teilnahme der Americans for Democratic Action, der Organisation der Liberals, die, obschon einige von ihnen zur Kennedy-Administeration gehören, unter dem Vorsitz von Eleanor Roosevelt gegen die Wiederaufnahme der amerikanischen Kernwaffentests protestierte. An der Spitze von TTP stehen außerdem unter anderem die Gewerkschaftsführer Walter Reuther und Philip A. Randolph, die katholische Pazifistin und Arbeiterführerin Dorothy Day, der Negerführer Martin Luther King jr., der Völkerrechtler Hans Morgenthau und der Soziologe David Riesmann. Der einstige Einstein-Mitarbeiter Leo Slizard versuchte, in Washington ein peace lobby aufzubauen.

Besonders Gewicht hat der organisierte Protest der Wissenschaftler, die mit Zeitschriften, die Fragen der Abrüstung und der Auswirkungen der Kernwaffentests untersuchen, und in Einzelaktionen an die Öffentlichkeit treten. Im Dezember 1961 protestierten beispielsweise Hochschullehrer der Nordoststaaten gegen die Atombunkerpsychose und forderten als Alternative eine aktive Abrüstungspolitik; ihre Unterschriften füllten eine Seite der New Yorker Times. Dozenten und Studenten haben zugleich an der Gründung vieler TTP-Ortsgruppen mitgewirkt und teilweise eigene „peace candidates" zu den Kongreßwahlen aufgestellt, um die Demokratische Partei unter Druck zu setzen. Zugleich haben sie ein Forschungsprogramm für Abrüstungsfragen organisiert und erreicht, daß einzelne Professoren dazu Examensarbeiten vergeben. Der besonderen Mischung von wissenschaftlicher Seriosität und durch keine Taktik oder Dogmatik gebrochenem moralischem Protest haben sie zu verdanken, daß sie von Vertretern der Regierung und der Industrie mindestens als Diskussionspartner ernst genommen werden, obschon die Abrüstungsbewegung keinen Machtfaktor darstellt und nur an der Peripherie der amerikanischen Machtstruktur operiert.

Realignment

Eine Hauptforderung der Intellektuellen ist eine Neugruppierung jener gesellschaftlichen Kräfte, die die politischen Parteien tragen: diese bestünde in einer Stärkung der Position der Gewerkschaften, der Negerorganisationen und der liberalen Intellektuellen in der Demokratischen Partei, damit diese sich von den reaktionären Süddemokraten zu trennen und mit den linken Republikanern zu vereinigen wagt. Die Strategie wird deutlich: Die Aufklärungsarbeit der Intellektuellen zielt auf die politische Mobilisierung der single-purpose movements und der zahlreichen örtlichen staatsbürgerlichen Vereinigungen. Politisierung bedeutet nicht irgendein Aktivismus, sondern am partikularen Ungenügen das Ungenügen des Systems deutlich zu machen. Ein parteipolitisches Realignment setzt voraus, daß das machtpolitische Vakuum zwischen den abhängigen Massen und der Machtelite nach und nach ausgefüllt wird und die Staatsbürger in einer „participatory democracy" wieder am Geschichtemachen teilhaben. Mills hatte gefordert, daß die Intellektuellen sich zu diesem Zwecke aus ihrer Abhängigkeit von der Machtelite lösen und durch die Organisation unter einem wissenschaftlichen Ehrenkodex das Eigengewicht gewinnen müssen, das sie brauchen, um ihr Prestige in die Waagschale werfen zu können.

Die erfolgversprechenden Ansätze in der junge amerikanischen Linken sind jedoch nicht gleichmäßig weiterentwickelt worden. In dem Augenblick, wo die studentische Linke das politische Leben in den USA befruchten könnte, zeichnet sich die Gefahr eines Rückfalls in die alte Politik der Selbstbefriedigung ab: Der Elan der ohnehin sehr uneinheitlichen studentischen Abrüstungsbewegung läßt nach oder wird in blindes Drauflosorganisieren umgesetzt; es gibt wieder Versuche, den mit Mills begonnenen Ausbruch aus dem Getto durch eine „marxistischere", das heißt eine vulgärmarxistische, Klassenkampfdogmatik rückgängig zu machen, die verkennt, daß die Arbeiterklasse sich nicht mehr als solche weiß. Diese Gefahr ist jedoch noch nicht akut.

Freilich ist noch kein Grund für Optimismus, obschon die neue Militanz der Negerbewegungen und die gewachsene Skepsis der Gewerkschaften gegenüber den Democrats eine Demokratisierung der amerikanischen Politik ankündigen, die eine Legalisierung des industriellen Feudalismus in einem korporativen Staat verhindern könnte. Der Schrift-

steller Thomas Hayden warnte vor einer Überschätzung der gegenwärtigen Stärke der demokratischen Gegenkräfte: „Wenn die schon existierte, wäre sie eine bedeutende politisierende und erzieherische Kraft, die die Menschen mit dem öffentlichen Leben in Berührung brächte und ihnen die Mittel zur Artikulation und Aktion böte."

Wenn auch die bisherige Wirkung der jungen amerikanischen Linken nicht überschätzt werden darf, so hat sie doch die Nervenpunkte der Gesellschaft entdeckt, von denen her sie für eine Demokratie mobilisiert werden kann. Die immer noch wohlwollende Aufmerksamkeit der liberalen Presse, zum Beipsiel der New York Times, beweist dies. Bemerkenswert ist vor allem: Die Quelle des Protests ist nicht ein ungebrochener Fortschrittsglaube, sondern die Einsicht in die eigene Ohnmacht. Angesichts der Allgewalt der Machtelite und des Erstarkens der extremen Rechten mußte die Beschwörung eines längst vergangenen Pluralismus oder politisch irrelevant gewordener Klassenkampfstereotype weltfremd erscheinen. Gerade deshalb waren es Existenzialisten wie Sartre und Camus und Sozialisten wie Mills, die eine illusionslose Erkenntnis der Ohnmacht und damit zugleich Möglichkeiten für eine Wiederbelebung der Kategorie der Aktion anbieten konnten.

Das spanische Elend in Ziffern

Bo Gustafsson

Spanien ist, wie Protugal und Griechenland, eines der unterentwickelten Länder in Westeuropa mit allen kennzeichnenden Eigenschaften: hoher Bevölkerungsanteil in der Landwirtschaft; Gutsbesitzerherrschaft; wenig Industrie; niedriger Lebensstandard; Analphabetismus; permanente Inflation und zunehmende Verarmung der Mehrzahl des Volkes. Vor der Zeit des Franco-Regimes gab es eine Teilindustrialisierung. Von 1900 bis 1930 sank der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 66 auf 46 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung, während der Anteil der Industriearbeiter von 16 auf 26 Prozent stieg. Von 1936 bis in die 50er Jahre erfolgte dagegen ein Rückgang auf allen Gebieten. 1940 waren in der Landwirtschaft wieder 51 Prozent der Bevölkerung beschäftigt, in der Industrie nur 22 Prozent. Der Anteil von Transport, Verkehr, Handel und der ganzen unproduktiven Armee von Soldaten, Priestern, Bürokraten usw. machte gleichzeitig nicht weniger als 27 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung aus. Die Industrieproduktion erreichte erst 1953 das Niveau von vor dem Bürgerkrieg.

Seit dem Sommer 1959 versucht Franco mit Hilfe der Bankiers der Weltbank die spanische Wirtschaft zu modernisieren, die während der 50er Jahre aus einer Zahlungskrise in die andere geriet. Oder besser: Die USA und ihre internationalen ökonomischen Organe verlangten Änderungen als Voraussetzung für weitere Hilfe. Die Handelsbilanz wies nämlich während der ganzen 50er Jahre ein Defizit auf. Anfang der 50er Jahre belief es sich auf 100 bis 200 Millionen Dollar jährlich, später stieg es auf 350 bis 400 Millionen Dollar. Ohne die militärische und paramilitärische Hilfe der USA von 1 300 Millionen Dollar in dieser Zeit wäre der Bankrott viel früher eingetreten. Wie die Anstrengungen anderer faschistischer Regime, die Fassade zu polieren, erreichen auch Francos Modernisierungsversuche nur das erwähnte Resultat und dazu erhöhte Korruption und die Bereicherung der Großfinanz, der Bürokraten und Generäle, die an den Fleischtöpfen sitzen. Ein Viertel des spanischen Handels wird geschmuggelt und viele Unternehmen arbeiten mit drei verschiedenen Geschäftsbüchern: eine Aufstellung für die Geschäftsleitung, eine für die Aktionäre und eine für die Steuerbehörden. Die Wurzel des Übels ist natürlich der Faschismus. Dieser jedoch stützt sich u. a. auf die Macht der Großgrundbesitzer, die wiederum eine Fessel für Spaniens Hauptnahrungsquelle, die Landwirtschaft, bedeuten. Die Modernisierung der spanischen Wirtschaft berührt das System des Landbesitzes nicht und verstärkt daher nur das äußere Elend: Spanien leidet nicht nur unter politischer und ökonomischer Unterdrückung, sondern auch darunter, daß ein moderner staatsmonopolistischer Kapitalismus einer Gesellschaft aufgeschraubt wird, deren Merkmal die beginnende Industrialisierung neben einem halbfeudalen Grundbesitzsystem ist. Oder um mit Whitaker zu reden: Jeder Versuch, die wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen, während man das Grundbesitzsystem intakt läßt, „ist so, als führe man ein Auto mit angezogenen Bremsen".

40 Prozent der Erwerbstätigen in Spanien sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Diese Landwirtschaft stagniert. Während die Bevölkerung in Spanien von 1931/35 bis 1957 um 25 Prozent zunahm, stieg die landwirtschaftliche Produktion nur um 13 Prozent. Berücksichtigt man die schwere Depression der Jahre 1931 bis 1935, so stieg die landwirtschaftliche Produktion überhaupt nicht. Zwei besondere Schwächen kennzeichnen die spanische Landwirtschaft: einerseits zu kleine, andererseits zu große Wirtschaftseinheiten (Minifundien bzw. Latifundien). Für die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe ist eine enorme Egentumszersplitterung kennzeichnend. Eine Berechnung von 1953 wies die Existenz von nicht weniger als 46 Millionen Landteilen auf — Parzellen oder „Fincas" —, davon 60 Prozent von

der Größe eines Hektars oder weniger. In der Provinz La oruna gab es eine „Finca“ mit 32 m² (weniger als 6 m Seitenlänge!) mit drei Besitzern: einer besaß das Land, ein anderer den einzigen Walnußbaum, ein dritter das Recht auf eine Bodenrente — sie bestand in sechs Eiern pro Jahr. Die Latifundien in Südspanien, vor allem in Andalusien, sind sehr groß. Manche der Güter sind gewaltig, so vor allem die in aristrokratischem Besitz. Familien wie die Medinaceli, Penaranda, Vistahermosa, Alba, Romana und Comillas besitzen Güter von 20 000 bis 80 ha. Technisch könnten die Latifundien sehr produktiv sein. Aber die Produktionsverhältnisse fesseln die Produktivkräfte. Große Gebiete werden überhaupt nicht bebaut. Das Landproletariat hat weder das Interesse noch die Kraft, brößere Überschüsse zu produzieren. Die Grundbesitzer sind nicht an der Produktion interessiert, sondern an einem standesgemäßen Leben in der Stadt und am Luxuskonsum.

Die Misere in der Landwirtschaft hat eine massive Invasion vom Land in die Städte zur Folge. In der Zeit von 1939 bis 1961 dürften es mehr als 5 Millionen gewesen sein. Aber in den Städten gibt es nicht genügend Versorgungsmöglichkeiten. Die Zugewanderten finden keine Wohnungen. Nach offiziellen spanischen Angaben sind 75 Prozent der Wohnungen aus der Zeit von vor 1900. Es wird zwar gebaut, aber wenig im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern und hauptsächlich für die Oberklasse. Spanien stand dadurch an der Spitze der europäischen Statistik von 1957, daß 97 Prozent der neugebauten Wohnungen vier oder mehr Zimmer hatten (in Schweden waren es 55 Prozent). Das neue spanische Stadtproletariat läßt sich in Hütten am Stadtrand nieder („chabolas“). Über die Verhältnisse in diesen Hütten gibt eine spanische Untersuchung Auskunft. Von den insgesamt 488 „chabols“ bestanden 238 aus einem Raum, 194 aus zwei Räumen. Von den 552 Familien schliefen 175 in einem Bett, 211 in zwei Betten, die restlichen 66 in drei oder vier Betten. Durchschnittlich besteht eine Familie aus vier bis sechs Personen. Die erst 1953 neu einsetzende Industrialisierung war schleppend und für den Lebensstandard der Massen von geringer Bedeutung. Der industrielle Sektor besteht einerseits aus einigen sehr großen staatsmonopolistischen oder von den Banken kontrollierten Unternehmen, andererseits aus einer Menge kleiner, handwerklich betriebener Unternehmen mit ca. drei Arbeitern. Während die Industrieproduktion von 1953/54 bis 1958 insgesamt um 45 Prozent stieg, erhöhte sich die Produktion der Textil- und Lederindustrie nur um 20 Prozent und die der Lebensmittelindustrie eigentlich gar nicht. D. h. bei den Industrien, die die wichtigsten Konsumwaren für die große Masse des Volkes herstellen, ist eine Expansion kaum zu bemerken.

Die Folge war natürlich, daß der Lebensstandard durch die Industrialisierung kaum berührt wurde. Der private Konsum pro Person liegt in Spanien um 60 Prozent unter dem Durchschnitt für Westeuropa.

Lebensmittelkonsum. Kg pro Person und Jahr

	Spanien	Schweden
Mehl	148	74
Kartoffeln	133	101
Zucker	14	43
Gemüse	113	27
Obst	82	57
Fleisch	18	52
Fisch	23	40
Eier	6	11
Milch	76	198
Käse	1	7
Butter	—	7
Fett	14	20

aus: Europe's Needs and Resources, S. 181

Das Typische für den Lebensstandard in Spanien ist die ungleiche Verteilung: Während die Oberklasse in Saus und Braus lebt, sind viele wichtige Nahrungsmittel, wie Fleisch und Käse, außerhalb der Reichweite der ärmsten Schichten. Aber nicht nur der private Konsum kennzeichnet den niedrigen Lebensstandard. Der Analphabetismus ist in manchen Teilen Spaniens eine normale Erscheinung und der Schulbesuch selbst ist rudimentär. Während in Westeuropa insgesamt 16 Prozent und in Schweden 35 Prozent der Altersgruppe zwischen 15 und 19 Jahren im Jahre 1955 voll unterrichtet wurde, lag der Anteil in Spanien bei sieben Prozent. Die Anzahl Einwohner pro Krankenhausbett beträgt in Spanien 260, in Schweden dagegen 95.

Aber am deutlichsten zeigt sich die Verarmung des spanischen Volkes in der Statistik über die Lohnentwicklung. Zwischen 1936 und 1961 stiegen die Stundenlöhne der Industriearbeiter um 300 bis 600 Prozent — mehr in der Konfektions-, der Grubenindustrie und dem Handel als in der Metall-, Bau- und Textilindustrie. Aber gleichzeitig zeigt der offizielle Lebenshaltungsindex zwischen 1936 und 1961 einen Anstieg um gut 700 Prozent. Folglich sind die Realstundenlöhne gesunken, in manchen Fällen auf die Hälfte des Niveaus vom Jahre 1936. Auf Grund des komplizierten Lohnsystems ist es schwierig, sich völlige Klarheit über die Lohnentwicklung zu verschaffen. Aber soweit man es übersehen kann, vollzog sich eine absolute Verarmung in Spanien unter Francos faschisitschem Regime. Die Armen wurden ärmer, die Reichen reicher.

Aus: Clarté, Socialistisk Kulturtidskrift, Nr. 3, 1963, a. d. schwed.: U. Schmiederer.

Zur Filmästhetik S. M. Eisensteins

Rainer Friedrich

Der bildungsbürgerlichen Ideologie zufolge sind Kunst und Politik, gar Kunst und Gesellschaftstheorie, durch Welten voneinander getrennt. Für die philiströsen Gralshüter der echten Aussage hat Kunst es mit ewigen Werten zu tun, für den anspruchsvolleren Ästhetizismus mit der überzeitlichen Formenwelt, die ihrem historisch bedingten Inhalt gegenüber indifferent ist. Ein politischer Dichter ist kein Dichter; allenfalls ein Agitator, der sich der Kunst bedient und diese zur Magd einer Ideologie herabwürdigt. Die hierzulande übliche Rezeption Brechts demonstriert das sehr deutlich. Die konsequenten Exekutoren sind relativ selten. Die Meisten wollen auf ihn nicht verzichten — trotz der politischen Intentionen seines Werkes. Dafür trennen sie säuberlich den Dichter Brecht vom Politiker Brecht, indem sie seine konkrete gesellschaftlich-politische Problematik ins Zeitlose verflachen oder die Stücke auf das reine dramatische Kunstwerk reduzieren. Beide Verfahrensweisen sind illegitim: Brechts ästhetische Konzeptionen sind untrennbar mit seinen philosophischen und politischen verschränkt.

Aber darüber hinaus regen sich, wann immer von ästhetischen Fragen im Zusammenhang mit dem Marxismus die Rede ist, zu Recht peinliche Assoziationen. Allzusehr schrekken die Spuren: im kommunistischen Bereich, wo die Marxsche Theorie zur manipulativen Ideologie verkam, läuft diese Verbindung auf eine verordnete Ästhetik hinaus, die in Gestalt einer primitiven Realismus-Theorie der Gängelung der Kunst dient. Ohnehin sind die Zeiten der systematischen und normativen Ästhetiken, zu denen die sog. marxistische Ästhetik zählt, endgültig vorbei; werden sie administrativ verordnet, bedeuten sie nahezu das Ende der Kunst. Eine Philosophie der Kunst hat nicht Normen zu geben, sondern dient lediglich dem Verstehen und der Erkenntnis von Kunstwerken.

Daß eine Vermittlung von ästhetischen Konzeptionen mit der Marx'schen Philosophie möglich ist, ohne daß es zu Doktrinen wie der des sozialistischen Realismus führen muß, soll in der Behandlung der Eisensteinschen Filmästhetik [1]) aufgezeigt werden. Deren Zusammenhang mit dem Marxismus bedeutet nicht, daß Eisensteins Filmkunst sich in der filmischen Illustration Marx'scher Thesen erschöpft. Sie tut dies genau so wenig, wie der Surrealismus — bei aller Affinität zur Psychoanalyse — lediglich die Illustration Freud'scher oder Jung'scher Theoreme oder das Werk Marcel Prousts bloß die Auslegung der Bergson'schen Zeitmetaphysik darstellt. Die direkte Zurechnung ästhetischer Gebilde zu Philosophien macht die Kunst zur ancilla philosophiae, zum bloßen Vehikel dessen, was der Philosoph nur strakt-begrifflich zu sagen in der Lage ist. Das ist z. B. der Fall bei Sartres Thesenstücken, die ästhetisch so unergiebig sind. Der Zusammenhang von Philosophie und Kunstwerk ist einzig in der Formwerdung philosophischer Thematik zu suchen: im Umschlag des philosophischen Inhalts in Form. Denn „die Geschichte der Kunst wird nicht von Iden, sondern von deren Formwerdung bestimmt." [2]) Deren Umsetzung in Form, deren ästhetische Formulierung, verschafft ihnen eine neue Qualität. Von ihrem Ursprung aus dem Thematisch-Inhaltlichen vermag die Form sich zu emanzipieren, um in die Tradition und Konvention der künstlerischen Produktion einzugehen.

Die Montage

Auszugehen wäre demnach von den künsterlischen Verfahrensweisen Eisensteins. Deren Prinzip ist die filmische Montage. Amerikanische Regisseure wie Porter und Griffith hatten in den Pionierszeiten des Films bereits die Großaufnahme und die alternierende Parallelmontage als filmische Stilmittel erarbeitet. Im Wechsel von Großaufnahme und Totale werden zwei verschiedene, parallel verlaufende Handlungsvorgänge ineinandergeschnitten, um Spannung und Stimmungen hervorzurufen. Diese Entdeckungen griffen die russischen Regisseure der Stummfilmzeit auf, besonders Eisenstein und Pudowkin, und entwickelten ihre spezifische Methode der Bildinterpolation: die Montage der Gegenüberstellung, wobei sie weitgehend zugunsten der Groß- und Nahaufnahme auf die Totale verzichteten. Die Parallelmontage von Griffith hatte eine dualistische Struktur: sie verband ein „hier" und „dort", ein „damals" und „jetzt"; ihre Funktion war rein dramaturgisch und beschränkte sich auf Stimmungs- und Spannungseffekte.

Eisensteins Montageverfahren ähnelt der künstlerischen Verfahrensweise des Surrealismus, deren zentrale Technik ebenfalls die der Montage ist: aus der Vereinigung heterogener Elemente der empirischen Wirklichkeit entsteht schockartig eine neue Wirklichkeit, die sich von der der Details qualitativ unterscheidet. „Werden zwei beliebige Stükke aneinander gefügt", schreibt Eisenstein, „so vereinigen sie sich unweigerlich zu einer neuen Vorstellung, die aus dieser Gegenüberstellung als neue Qualität hervorgeht... Die Aneinanderstellung zweier Montageteile ist weniger der Summe beider Teile ähnlich als vielmehr einem qualitativ neuem Produkt." (326)[3]) Die Parallelmontage wird

zur „Assoziations-“ oder „Attraktions-Montage“ erweitert: Die Kollision zweier verschiedener Kameraeinstellungen läßt ein neues Bild, eine Idee, einen Begriff assoziieren. In seinem Film „Streik“, in dem die Attraktionsmontage zum ersten Male zur Anwendung kam, interpoliert Eisenstein in die Niederschießung der streikenden Arbeiter Schlachthofszenen. In „Oktober“ sind in die Szenen, in denen die Menschewiken kurz vor der Erstürmung des Winterpalastes nutzlose Debatten führen, Balalaiken und Harfen eingeschnitten: die Reden werden so als „leeres Wortgeklimper“ kommentiert. Im gleichen Film ist in einen militärischen Angriff der Sturm der Aktionäre auf die Petersburger Börse montiert: Krieg ist nur eine besondere Form des ökonomischen Kampfes.

In der Montage, die aus den besonderen Abbildern ein „verallgemeinertes Bild“ entstehen läßt, vollzieht sich ein qualitativer Sprung. Es ist zunächst der Sprung aus der Dimension der Darstellung in die der Reflexion. Die einzelnen Bildausschnitte bringen durch die Montage in dem „verallgemeinerten Bild“ nunmehr einen Begriff, eine Idee zum Ausdruck und fungieren über ihre gegenständlich-darstellende Funktion hinaus als Erkenntnis. Aber die Erkenntnis ist ästhetisch vermittelt: sie erscheint im Medium des filmischen Tropus. Die Atraktionsmontage enthält bereits alle Elemente der künstlerischen Filmsprache: ästhetisch ist damit die Verwendung der naturalistisch verfahrenden Photographie als Tropus gewonnen. Das photographische Abbild kann durch die Montage übertragen angewandt werden: als Filmgleichnis, Filmmetapher, Filmsymbol, gar als Allegorie. Mit Hilfe der Montage kann der Filmautor, mit den Worten Eisensteins, „auf Emotion und Verstand des Zuschauers wirken“. Denn das rationale Erkennen im Eisensteinschen „intellektuellen Film“ vollzieht sich über das schockartige Bilderlebnis, das aus der Kollision zweier Einstellungen und ihrer Vereinigung zum Tropus evoziert wird. Der qualitative Sprung ist somit ein doppelter: neben dem Sprung aus der Ebene der Darstellung in die der Reflexion ist es der Sprung aus dem Gegenständlich-Anschaulichen des photographischen Abbildes in die bildlich-übertragene Darstellung. Über ihre dramaturgische Funktion hinaus wird somit die Montage zu einem Stilmittel und zu einem Mittel der Erkenntnis.

Der Begriff „Attraktion“ muß hier in doppeltem Sinne verstanden werden: einmal im Sinne von Gag, wie „Zirkus-Attraktion“; zum anderen wörtlich: von außen wird etwas an das Filmgeschehen herangezogen, das nur sehr mittelbar, über eine Assoziation, mit diesem zu tun hat. In den früheren Experimenten mit der Montage fügten die russischen Regisseure Einstellung an Einstellung. Dieses Verfahren der Attraktionsmontage enthält die Gefahr, daß die Montage-Tropen mit dem realen Geschehen nur mangelhaft vermittelt sind. Der Handlungsablauf wird in ihnen so weit dispensiert, das konkrete Einzelbild zugunsten einer metaphorischen oder symbolischen Bedeutung so sehr entwertet, daß der Tropus sich verselbständigt und zum aufgesetzten Gag wird. Auch eignet der Attraktionsmontage eine gefährliche Tendenz zur aufdringlichen und vordergründigen Allegorie — ein dem Film fremdes Element, das die Stileinheit sprengt. In „Oktober“ wird in die Niederschlagung des Aufstandes eine vorher zerstörte Zarenstatue eingeschnitten, die sich von selbst wieder zusammenfügt: sie gerinnt zur Allegorie der sich erneut festigenden Staatsmacht. In der Allegorie wird der konkrete Vorgang vollends dementiert, die Unmittelbarkeit des Einzelbildes zugunsten eines von außen aufgesetzten Bedeutungsinhaltes vergewaltigt.

Aus der Attraktionsmontage, die Eisenstein auch später anwendet, entwickelt sich die „Montage der Gegensätze“, in der nicht mehr Einstellung an Einstellung, sondern Einstellung gegen Einstellung gefügt wird. Im Verfahren der Gegenüberstellung werden die Montageteile nicht mehr willkürlich zusammengeschnitten, sondern sind vor der Verbindung in thematischer wie formaler Hinsicht einer Idee unterworfen und so durch einen inneren Sinn miteinander verknüpft. Stilistisch und dramaturgisch wird die Oppositionsmontage zum Strukturprinzip des Filmganzen; die Montage-Momente werden dem realen Filmgeschehen entnommen und entwickeln sich aus diesem. Die Oppositionsmontage entsteht nicht mehr durch Attraktionen von außen. Geht die Einzeleinstellung durch die Montage in den Tropus über und entspringt diesem eine begriffliche Erkenntnis, so bleibt hier dem Einzelbild sein Recht und die in ihm abgebildeten Gegenstände behalten ihre sinnliche Präsenz. Sie haben ihre bestimmte Funkton im Handlungsablauf und weisen gleichzeitig als Momente der Montage-Metapher oder des Montage-Symbols über ihre bloße Gegenständlichkeit hinaus. In „Generallinie“ kommt die Abordnung einer Kooperative mit der Bürokratie in Berührung: nach dem Aufbruch der Abordnung schiebt sich bedrohlich, in Großaufnahme, eine Schreibmaschine in die Bilddiagonale; die Einstellung geht über die Halbtotale und zeigt erst jetzt einen Bürokraten, der an der Schreibmaschine schreibt. Gleich darauf folgt die Großaufnahme eines Leninkopfes, die folgende Halbtotale erweist diesen als Zubehör eines Tintenfasses, an dem der bürokratische Sowjetmensch seine Feder säubert. In dieser Sequenz, die die bürokratisierte Verwaltung einführt, wird zweimal — vermittelt durch einen Tropus — der Sprung aus der Darstellung in die Reflexion vollzogen: die Schreibmaschine ist zunächst bloß das Instrument, mit dem der Bürokrat beschäftigt ist, als die Abordnung eintrifft; sie wird zugleich zur Metapher des bürokratischen Mechanismus; in der Metapher wird begrifflich ausgesagt: im verselbständigten Mechanismus der Bürokratie droht die Revolution zu versteinern. Der Leninkopf wird zum Symbol der Revolution; die Bürokratie „beschmutzt“ deren Idee. Derart wird die reale Handlung des Films nicht vergewaltigt; der Tro-

pus verselbständigt sich nicht, sondern bleibt in den Handlungsablauf integriert. Hier besitzt der Tropus sogar die dramaturgische Funktion der Vorverweisung: die Andeutung der kommenden Hindernisse, auf die die Praxis der Kooperative bei der Bürokratie treffen wird.

Die Montage der Gegenüberstellung und ihr Prinzip des qualitativen Sprungs wird zum Strukturprinzip des gesamten Films. Das filmische Kunstwerk ist „das nach strengen Montagegesichtspunkten komponierte Ganze." (414) Eisenstein spricht vom „Montagebild als Episode..., als Szene, ... als Film im Ganzen." (216) Der „Panzerkreuzer Potemkin" verwirklicht diese Konzeption am überzeugendsten; die zentrale Thematik dieses Films, die Revolution, findet im Montagestil die ihr adäquate Form. Das Prnzip der Gegensatz-Montage bestimmt Mikrostruktur und Gesamtstruktur des Films; der dramaturgische Aufbau wird im thematischen Gegensatz entwickelt, die Bildrhythmik im Gegeneinander der Bewegungen; die emotionale Wirkung beruht auf dem Umschlagen der einen Stimmnug in ihr Gegenteil.[4])

Das Verhältnis der Eisensteinschen Filmkunst zum Marxismus

Der Film als „bewegte Photographie" bedient sich zwar deren naturalistischen Verfahrens; aber was beim künstlerisch relevanten Film naturalistisch ist und der Unmittelbarkeit der naiven Welterfahrung entspricht- ist lediglich das einzelne photographische Abbild. Dieses bildet jedoch nur das vorfabrizierte Material, dessen sich der Künstler in seinem Montage-Verfahren bedient. Die Natur des Films, bemerkt Walter Benjamin, „ist eine Natur zweiten Grades; sie ist das Ergebnis des Schnitts.' 'Die Wirklichkeit des Films ist höchst artifizell, sie ist im wörtlichen wie übertragenen Sinne synthetisch. Nach Benjamin beobachtet „der Maler in seiner Arbeit eine natürliche Distanz zum Gegebenen, der Kameramann dagegen dringt tief ins Gewebe der Gegebenheit ein. Die Bilder, die beide davontragen, sind ungeheuer verschieden. Das des Malers ist ein totales, das des Kameramannes ein vielfach zerstückeltes, dessen Teile sich nach einem neuen Gesetz zusammenfinden."[5])

Eisenstein hat das Verhältnis der Film-Realität zur empirischen Realität gründlich reflektiert. Das sich der Unmittelbarkeit der Erfahrung „anbietende amorphene, neutrale Sein eines Ereignisses" gilt es „in seine Einzelteile zu zerlegen, um es dann wieder von neuem zu einer Einheit zusammenzusetzen, und zwar gemäß den Gesichtspunkten, die mein (sc. des Regisseurs) Verhältnis zu ihnen diktiert." (413) Die unmittelbare Erfahrung vermittelt die passive Reproduktion „der beziehungslosen Koexistenz der Erscheinungen" und der „Trägheit der passiv existierenden Ordnung der Dinge"; dieser entspricht in der filmischen Praxis die Totale: „Die Beziehungen der einzelnen Elemente

Kennen Sie die DEUTSCH-POLNISCHEN HEFTE, eine von polnischen und deutschen Autoren gemeinsam gestaltete Zeitschrift, die Sie über das kulturelle, gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben Polens aktuell und objektiv informiert? Sie ist das einzige Forum eines wirklich freimütigen und offenen deutsch-polnischen Gesprächs.

Interessieren Sie sich für BÜCHER, SCHALLPLATTEN und PLAKATE aus POLEN?

Wir werden Sie gern beraten.

Über die Probleme Asiens und Afrikas unterrichtet Sie die in unserem Verlage erscheinende Zeitschrift

ASIEN-AFRIKA AUS ERSTER HAND

Katharina Seibert, INDIEN-WIE WIR ES NICHT KENNEN 91 Seiten, 16 Seiten Kunstdruck, 3 Kartenskizzen, Preis 5,80 DM

KONTAKT-VERLAG
8114 Uffing a/Staffelsee/Obb.

sind hier vom Sein bestimmt, nicht vom Verhältnis (sc. des Künstlers) zu diesem Sein; ... das Entscheidende wird nicht betont, sondern das Sekundäre ist mit dem Primären vermischt; die Wechselbeziehung zwischen den Elementen eines Ereignisses dienen nicht dem Ausdruck meiner eigenen Auffassungen von diesen Beziehungen." Von der Kamera wird die Totale durchdrungen, sie wird „in einzelne Elemente zerlegt, die mit Hilfe von Größenunterschieden eine unterschiedliche Wichtigkeit (bekommen); dann (werden) die Elemente (sc. nach dem Montage-Prinzip) in neue Beziehungen und Verbindungen gebracht, ausschließlich zu dem Zweck, das ursprünglich passive Sein der entsprechenden Erscheinungen in jener dynamischen Dramatik neu entstehen zu lassen, aus der als Ausdruck das bewußte schöpferische Verhältnis zur darzustellenden Erscheinung spricht." (414) Mit Hilfe der Kamera und ihren verschiedenen Einstellungen dechiffriert der Künstler die statisch-amorphe Erscheinung der Realität; er analysiert sie sozusagen, indem er sie aufreißt und zerlegt. Nach dem Montageprinzip reproduziert er sie als neue dynamisch strukturierte Totalität. Analog verfährt die Marx'sche Methode: am Beginn der Wirklichkeitserfassung steht „die chaotische Vorstellung des Ganzen"; die isolierende und abstrahierende Analyse zerlegt dieses undifferenzierte Ganze, und über die Synthese geht der Weg zurück zum nunmehr „konkreten Ganzen" „als einer reichen Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen." „Konkret ist es, weil es die Zusammenfassung vieler Bestimmungen ist, als Einheit des Mannigfaltigen.") Bei Eisenstein ist es die Montage, die die Synthese vollzieht: „... die Prinzipien unserer Montage (sind) Prinzipien der Einheit im Mannigfaltigen."

Trotz dem Naturalismus des photographischen Rohmaterials gewinnt derart das filmische Kunstwerk jenen Abstand zur empirischen Wirklichkeit, den die Ästhetik mit dem Begriff der „ästhetischen Differenz" umreißt. Kunst ist „in sich vielfältig zur Realität vermittelt. Gleichwohl aber steht sie als Kunst, ihrem eigenen Begriffe nach, antithetisch dem gegenüber, was der Fall ist. Das hat die Philosophie mit dem Namen des ästhetischen Scheins bedacht." Indem der künstlerische Film, konsequent seinem Formgesetz gehorchend, die bloße Unmittelbarkeit bricht, konstituiert er sich als Kunstwerk und wird gleichzeitig zu einer besonderen Gestalt der Erkenntnis als richtigen Bewußtseins: im „ästhetischen Schein" wird der Bann des „empirischen Scheins" gebrochen. Kunst wird „ zur Erkenntnis, nämlich einer Realität gerecht, die ihr eigenes Wesen verbirgt und was es ausspricht, zugunsten einer bloßen klassifikatorischen Ordnung unterdrückt." Widerspiegelung und Abbildung, auch wenn sie „perspektivisch" verfährt, wie die Doktrin des sozialistischen Realismus es dekreditiert, wäre bloß Verdoppelung, weit entfernt von ästhetisch vermittelter Erkenntnis. Denn „Kunst erkennt nicht dadurch die Wahrheit, daß sie, photographisch oder „perspektivisch" abbildet, sondern dadurch, daß sie vermöge ihrer autonomen Konstitution ausspricht, was von der empirischen Gestalt der Wirklichkeit wird."[9]) Eine Theorie, derzufolge Kunst in der perspektivischen Abbildung und Widerspiegelung der objektiven Realität besteht, läßt Eisensteins Filmkunst weit hinter sich.

Hinc illae lacrimae: die Unfähigkeit des sozialistischen Realismus, Eisensteins Filmen gerecht zu werden, wird kompensiert durch Beschimpfungen wie Formalismus, Ästhetizismus, Intellektualismus — der Sündenkatalog ist bekanntlich sehr differenziert. „Iwan der Schreckliche II' 'und die „Wiese von Beshin" sind daher noch heute verboten.

Wird die statisch sich anbietende Erscheinung der empirischen Wirklichkeit durch die Montage im Film in dynamische Realtät übersetzt, so gelingt das, weil die Montage selbst das Bild als Prozeß faßt und die einzelnen Abbilder zu Momenten dieses Prozesses werden läßt. Versucht heute z. B. Chris Marker in seinem Film „Beschreibung eines Kampfes", das „Statische des fixierten Bildes ... und damit seinen Fetischcharakter" aufzuheben, dieses derart nicht mehr als „Endprodukt eines Gedankens" fix und fertig anzubieten, so bedarf er dazu des Kommentars. Er zahlt es mit der Disproportion von Bild und Wort zugunsten des letzteren.[10]) In der Eisenstein'schen Montage erlebt der Betrachter statt der „dargestellten Resultate irgendeines Schaffensprozesses auch den dynamischen Prozeß des Entstehens und der Entwicklung eines verallgemeinerten Bildes so, wie ihn der Autor erlebt hat." (346) An dieser Stelle zitiert Eisenstein ausdrücklich Marx: „Zur Wahrheit gehört nicht nur das Resultat, sondern auch der Weg. Die Untersuchung der Wahrheit muß selbst wahr sein, die wahre Untersuchung ist die entfaltete Wahrheit, deren auseinandergestreute Glieder sich im Resultat zusammenfassen."[11])

Dem Film gelingt es, wie oben gezeigt, trotz der naturalistischen Technik der Photographie über das bloß naturalistische Abbilden der Wirklichkeit hinauszukommen. Er durchstößt den empirischen Schein der Realität und kann die dahinter verborgenen Strukturen bloßlegen. Dies verdankt er einmal, W. Benjamins Einsicht zufolge, der Möglichkeit, daß er — vor allem durch das Mittel der Großaufnahme — die einzelnen Phänomene isolieren kann und sie damit analysierbar macht. Wie die Psychoanalyse „Dinge isoliert und zugleich analysierbar gemacht (hat), die vordem unbemerkt im breiten Strom der Wahrnehmung mitschwammen", hat auch „der Film in der ganzen Breite der optischen Merkwelt ... eine ähnliche Vertiefung der Apperzeption zur Folge gehabt." Der Film hat „die Einsicht in die Zwangsläufigkeiten vermehrt, von denen unser Dasein regiert wird ...". Dieser Umstand hat ... die Tendenz, die gegenseitige Durchdringung von Kunst und Wissenschaft zu fördern ... Es wird eine der revolutionären Funktionen des Films sein, die künstlerische und wissenschaftliche Verwertung der Photographie, die vordem meist auseinanderfielen, als identisch erkennbar zu machen."[12]) Der entscheidende Faktor aber, der den Film fähig macht, die Wirklichkeit der Empirie zu transzendieren, liegt darin, daß in der Montage das Raum-

Zeit-Kontinuum, innerhalb dessen sich die unmittelbare Wahrnehmung bewegt, sprengt. Das klassische Drama arbeitet mit der Szene, deren Zusammenhang durch die bekannte Einheit von Ort und Zeit gestiftet wird; der Film dagegen mit Sequenzen; deren Zusammenhang stiftet die gedankliche oder emotionale Kontinuität. Die Montage vollends ermöglicht die Darstellung der Simultaneität von räumlich und zeitlich getrennten Vorgängen und Erscheinungen. [13])

Damit wurden der Thematik der optisch-ästhetischen Darstellung Bereiche erschlossen, die zuvor auf die Formulierung durch andere Medien beschränkt waren. Erlebnisse, die früher der musikalischen und dichterischen Darstellung vorbehalten waren; Begriffe und Ideen, die der abstrakten Sprache der Philosophie und Wissenschaft zukamen, vermag nun der Film optisch zu formulieren. Die Formsprache des Films wurde entscheidend von der Montage-Ästhetik Eisensteins und anderer russischer Regissseure geprägt. Ihren Ursprung hat sie in einer bestimmten geschichts- und sozialphilosophischen Thematik, die sich in den stehenden Formen dieser filmischen Sprache niedergeschlagen hat. Thematisch ist den Regisseuren des russischen Revolutionsfilms eine bestimmte historische und gesellschaftliche Wirklichkeit. Deren ästhetische Formulierung vollzieht sich in der oben beschriebenen Form: das unmittelbar sich anbietende statische und amorphe Sein der Erscheinungen wird zerlegt und entsteht im filmischen Werk neu in einer „dynamischen Dramatik ..., aus der als Ausdruck das bewußte schöpferische Verhältnis zur darzustellenden Erscheinung (4/4) spricht"; diese wird „bestimmt von der Weltanschauung des Künstlers" (sit venia verbo). Was Eisenstein mit „Weltanschauung" meint, ist die Marx'sche Theorie; thematisch als die bereits marxistisch interpretierte Wirklichkeit.

Der Marx'schen Theorie entsprechend erfaßt die Unmittelbarkeit der Erfahrung nur die verdinglichte Oberfläche; das filmische Verfahren Eisensteins entspricht dieser Einsicht, indem sie die empirisch erfahrene Wirklichkeit zuvor zerlegt und in neuer Einheit wiedererstehen läßt. Die Montage, mit deren Mittel das geschieht, setzt in ihrem Prinzip voraus, daß kein Phänomen und keine Sphäre der Wirklichkeit isoliert existiert, sondern alles mit allem vermittelt ist. Die folgende Montage aus dem „Panzerkreuzer Potemkin"[14]) setzt zwei qualitativ verschiedene Seinsweisen — eine dingliche und eine des menschlichen Ausdrucks — miteinander in Beziehung: erregt arbeitende Männer, Maschinenraum des Kreuzers; hastige Hände, rotierende Räder; vor Anstrengung verzerrte Gesichter, Maximalstand des Manometers; eine verschwitzte Brust, ein glühender Kessel; ein Arm, ein Rad; ein Rad, ein Arm; Maschine, Mensch; Maschine, Mensch. Hier zeigt sich der thematische Ursprung der Montage-Form: sie gründet in einer Theorie, die die scheinbare Autonomie der verschiedenen Seinssphären verneint und sie stattdessen in Vermittlung sieht. Die Montage aber bleibt nicht dabei stehen, die verschiedenen Sphären in Beziehung zu setzen, sondern bringt sie in eine Gleichung, um den Menschen in einer verdinglichten Existenz zu zeigen. In der berühmten Treppensequenz im „Panzerkreuzer Potemkin" agieren an Stelle der zuvor in der Totalen gezeigten Phalanx der Kosaken nur noch deren mechanisch sich bewegenden Stiefel in der Großaufnahme. Sie werden zum Gleichnis des erbarmungslosen Vorgehenes der Kosaken und zum Symbol der Militär- und Staatsmaschinerie; zugleich drückt diese Montage-Sequenz die kritische Einsicht aus, daß Menschen zu Funktionen verselbständigter Mechanismen werden.

Überhaupt bedingt die Form der Montage eine Reduktion der Schauspielerfunktion; dem Schauspieler wird oft sogar die Rolle eines Requisits zugewiesen.[15]) Umgekehrt rückt das dingliche Requisit in den Vordergrund; es erhält dramaturgische, motivierende oder bildlich-formale Funktion. Dieser Materialismus liegt schon im Wesen der filmischen Montage begründet. Eisenstein entwickelt ihn zum Darstellungsmittel eines kritischen Materialismus. Dinge treten an die Stelle von Ideen; die Montage entlarvt so deren Ideologiehaftigkeit: in „Oktober" folgt der Parole „für Volk und Vaterland" eine bizarre Reihe von Fetischen und Götzenbildern. Für das Soldatentum stehen brutale, sich mechanisch bewegende Stiefel; für das Beamtentum Schreibmaschinen, für seine heilige Hierarchie endlose Treppen (Krenskis Karriere in „Oktober"). Rücken Dinge in den Vordergrund; werden sie Protagonisten oder agieren sie gar an Stelle von Menschen, formuliert der Film mit diesen Mitteln eine Wirklichkeit, in der die Menschen zu Funktionen in einer entfremdeten Dingwelt werden. „So ist der Film", schreibt Benjamin, „das erste Kunstmittel, das in der Lage ist zu zeigen, wie die Materie den Menschen mitspielt. Er kann daher ein hervorragendes Instrument materialistischer Darstellung sein." [1]

Aber Eisenstein gerät zuweilen in die Nähe jenes dogmatischen Vulgärmaterialismus der dem zur Ideologie verkommenen Sowjet-Marxismus eigen ist. Die kritische Einsicht von Marx, daß der Mensch unter bestimmten Verhältnissen zum Objekt verdinglichter Prozesse wird, wendet Eisenstein in manchen Montagen affirmativ zum materialistischen Dogma vom Menschen als Teil der Materie, z. B. in der erwähnten Mensch-Maschine-Montage. In diesem Zusammenhang gehört auch seine naive Verherrlichung der Technik, wenn besipielsweise eine Milchmaschine und ein Traktor im Film „Generallinie" zu Protagonisten werden.

Die Filmästhetik Eisensteins wurde erarbeitet in der Intention, eine Wirklichkeit, deren Erkenntnis durch die Marx'sche Theorie vermittelt wurde, in die Formsprache der Filmkunst zu übersetzen. Ihr Formprinzip ist die Montage mit ihren mannigfaltigen Gestalten des Film-Tropus. Durch diesen geschieht die ästhetisch vermittelte Erkenntnis, indem der Gegensatz von bildhaftem Erleben, das sich in der Bildkollision der Montage schockartig vollzieht, und rationalem

Erkennen, das bis zu relativ hohen Abstraktionsstufen reicht, versöhnt wird. In Eisensteins Konzeption des künstlerischen „intellektuellen Films" erweist sich, daß der philosophisch und politisch reflektierte Film nicht notwendig zum ästhetisch belanglosen Thesenfilm werden muß, der sich bequem auf abstrakte Parolen abziehen läßt. Daß in dieser Ästhetik nicht eine bloße Illustration marxistischer Theorien vorliegt; daß vielmehr die philosophische Erkenntnis, umgesetzt in die Form des Kunstwerks, eine neue Gestaltqualität erlangt hat, beweist die Tatsache, daß die Formen dieser Ästhetik sich von ihrem thematischen Ursprung emanzipierten. Sie gingen ein in die allgemeine Formenwelt der Filmkunst und wurden — unabhängig von ihren Entstehungsbedingungen — von Autoren völlig verschiedener Weltanschauungen übernommen.

Anmerkungen:

(1) Der Artikel beschränkt sich auf den Eisenstein der Stummfilme. In seinen späteren Filmen wie „Alexander Newski" und „Iwan der Schreckliche I u. II" hat er vieles von seiner früheren Konzeption aufgegeben. Auch ist der Stalinesmus bei ihm nicht unwirksam geblieben: nach den heftigen Angriffen gegen seine Theorie des „intellektuellen Films", wobei man ihm wie üblich „Formalismus", „Asthetizismus" etc. vorwarf, machte auch er Zugeständnisse, z. B. an den Personenkult. — Auf seine Konzeption der „tonalen" und „übertonalen" Montage der späten Filme kann leider nicht eingegangen werden, ebenfalls nicht auf seine Massenregie (dazu: L. Linhart, Darstellung von Masse und Volk im Panzerkreuzer Potemkin, in: S. Eisenstein — Künstler der Revolution, Materialien der Berliner Eisensteinkonferenz, Berlin 1960)
Zum folgenden vgl. auch: Gregor — Patalas, Geschichte des Films, Gütersloh 1962, S. 93 ff; S. 185 ff.
(2) Peter Szondi, Theorie des modernen Dramas, Frankfurt 1956, S. 137
(3) Die Zahlen im Text beziehen sich auf die Aufsatzsammlung: S. Eisenstein, Ausgewählte Aufsätze, Berlin 1960
(4) vgl. dazu Eisensteins eigene Analyse zum „Potemkin": zur Komposition des ganzen Films a. a. O. S. 290 ff; zur formalen Struktur der Treppenepilode S. 304 ff. Vgl. auch Gregor-Patalas, a. a. O. S. 107 f
(5) Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, in: Illuminationen, Frankfurt 1961 S. 166 f
(6) K. Marx, Zur Kritik der politischen Oekonomie, Berlin 1958, S. 256 f
(7) Th. W. Adorno, Noten zur Literatur II, Frankfurt 1961 S. 163
(8) ebenda S. 164
(9) ebenda S. 168
(10) H. Stempel in: Filmkritik 3/63 S. 126
(11) Marx-Engels, Werke, Bd. I, Berlin 1956 S. 7
(12) a. a. O. S. 169
(13) Zur Zeitkonzeption des Films, vor allem zu analogen Phänomenen auf dem Gebiet der Literatur, besonders des modernen Romans seit Proust s. Arnold Hauser, Sozialgeschichte der Kunst und Literatur II, München 1958 Kap.: Im Zeichen des Films S. 481 ff
(14) vgl. Hauser, a. a. O. S. 511
(15) Pudowkin: „ . . . das Spiel des Darstellers, das mit einem Gegenstand verbunden und auf ihm aufgebaut ist, . . . (ist) stets eine der stärksten Methoden filmischer Gestaltung." (zit. nach Benjamin, a. a. O. S. 180). Zur Schauspielerleistung im Film s. Benjamin S. 160 ff
(16) Benjamin a. a. O. S. 180

Kein neuer „Ulysses"

Alexander Solschenizyn „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch"
Knaur/Drömer, 1963, 186 S., 9.80 DM

„ . . . ist zweifellos das aufsehenerregendste Werk , das in der Sowjetunion je veröffentlicht wurde. Es ist nicht nur ein literarisches Meisterwerk, sondern darüber hinaus auch ein umwälzendes Dokument, das nicht ohne Auswirkungen auf das Lebensklima innerhalb der Sowjetunion bleiben wird. Das Buch gibt einen schonungslosen, unerbittlichen Bericht über die Zwangsarbeitslager unter Stalin" (S. 7). So beginnt in ‚schonungsloser' Bescheidenheit die von den amerikanischen Übersetzern übernommene Einführung — leider ist die deutsche Ausgabe keine Übertragung des Originals, sondern der englischen Übersetzung (eine etwas anrüchige Methode).

Sieht man davon ab, daß hier mit dreister Offenheit (und schlampiger Sprache) versucht wird, dem Leser seine Meinung über dieses Buch gleich mitzuliefern — im Preis von 9,80 DM inbegriffen —, so verweist das wiedergegebene Zitat sehr schön auf die zweischichtige Argumentationsweise, mit der bei uns allen Büchern aus dem Ostblock aufgewartet wird: politische und literarische Ebene, die in Kritik und Werbung (wie man oben sieht) meist fein und redlich voneinander geschieden werden. Doch haben Wladimir Dudinzews „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein" und Boris Pasternaks „Dr. Schiwago" uns skeptisch gemacht. Allzu stark riecht der literarische Lorbeer nach politischem Weihrauch und ideologischer Myrrhe. Deshalb soll hier ein kurzer Versuch unternommen werden, diese beiden Aspekte ernsthaft zu trennen.

Als Dokument

Im November vergangenen Jahres veröffentlichte die Moskauer Zeitschrift ‚Nowy Mir' diese Arbeit des bis dahin unbekannten 44jährigen A. Solschenizyn, der 1945 zu acht Jahren Gefängnis verurteilt und dann in ein Zwangsarbeitslager eingeliefert wurde, aus dem er erst 1956 wieder entlassen wurde. „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch (Schuchow)" skizziert einen Tag in einem solchen Zwangsarbeitslager. Unter politischen Gesichtspunkten ist der Bericht in zweierlei Hinsicht von Interesse:

1. Auch nach dem XXII. Parteitag der KPdSU war es in der Sowjetunion nicht möglich, die barbarisch blasse Formel von den ‚Fehlern' Stalins in bestimmten Fragen wirklich zu konkretisieren. Eine solche Konkretion dessen, was in den Zwangsarbeitslagern geschah, ist hier (wohl erstmals) publiziert worden. Mit der ausdrücklichen Billigung Chruschtschows. Ohne Märtyrer-Tremolo und ohne tränigen Zorn, in kühler Diktion und detailliert schildert Solschenizyn das Leben im Lager zwischen Frühappell und Lichterauslöschen. Strapazen, Interessen, Beschäftigung und

Glück des Iwan Denissowitsch werden beschrieben und in dem einen großen Wunsch verankert: dem Überleben. Die politische Relevanz dieses Berichts besteht also zunächst darin, daß viele Bürger der Sowjetunion die offizielle Bestätigung ihrer persönlichen Erfahrungen erhielten — ob sie nun selbst in solchen Arbeitslagern gelebt oder das spurlose Verschwinden und Wiederauftauchen Nahestehender erfahren hatten.

2. Bei dem Vergleich mit Bruno Apitz' „Nackt unter Wölfen" und ähnlichen Berichten zerspringt die oft geübte Synonymität: nationalsozialistisches Vernichtungslager / stalinistisches Zwangsarbeitslager. Die verschiedene Zweckorientierung wird deutlich: Sadismus und Menschenvernichtung gegen ins Extrem getriebene Ausbeutung und Menschenverachtung. Die Differenz mißt sich strukturell in Irrationalität, für den Betroffenen in der Möglichkeit von Hoffnung. Aus einem KZ wurde niemand „entlassen". So spitzfindig diese Unterscheidung dem einer dieser Maschinerien ausgelieferten Menschen erscheinen mag, so unerläßlich ist sie bei einer strukturellen Betrachtung.

Als künstlerischer Versuch

Kunst hat die einzigartige Chance, am Sonderfall das Allgemeine aufzuweisen, ohne damit gleichzeitig eine verniedlichende oder Identifizierung lähmende Distanz einzubauen, indem sie nämlich nicht gezwungen ist, alles auf den notwendig verkürzenden und verflachenden Begriff zu bringen, vielmehr die Chance der Vielschichtigkeit und des impliziten, nicht ausgetragenen Widerspruchs hat und so die Komplexität der Realität in sich bergen kann. Die Realität, mit der sich die gegenwärtige Kunst auseinanderzusetzen, die sie in sich aufzunehmen hat, ist für die meisten Menschen gekennzeichnet durch das Erlebnis einer beklemmenden Enge, eines bedrückend Unbekannten, auf das man allenthalben stößt. Im Sichtbarmachen dieser allgemeinen Grunderfahrung bestand die große Möglichkeit dieses Buches: Das Leben in dem Zwangsarbeitslager hätte ausgewiesen werden können als Kondens der landläufigen Unmündigkeit und Erniedrigung; die in den Ecktürmen der Lagerumzäunung installierten Scheinwerfer hätten die zusätzliche Funktion von Sammellinsen übernehmen können, die das breitgestreute Leiden in einem grauenvollen Brennpunkt konzentriert hätten.

Eine solche Aufgabe ist aber künstlerisch nicht zu bewältigen, wenn sich der Autor wieder und wieder mit Kommentaren und Erklärungen — sozusagen von höherer Warte aus — einmischt und erzählt, was hinter der Mauer ist, gegen die die Menschen vergeblich anrennen. Die Allwissenheit des Autors, der seinen Helden geschickt zwischen Scylla und Charybdis hindurchgeleitet und ihm seine Mühsal in pädagogischer Diät zuweist, hat in der westeuropäischen Literatur einer tiefgreifenden Unsicherheit des Schriftstellers Platz gegeben. Joyce, Kafka, Beckett und

pardon

– Leser sind jung:
52% sind zwischen 25 und 44 Jahre alt

– Leser sind erfolgreich:
41% sind selbständig oder freiberuflich tätig

– Leser treffen Entscheidungen:
31% sind leitende Angestellte oder Beamte

Für 1,50 DM
jeden Monat
an jedem Kiosk

Ionesco haben die Vogelperspektive verlassen. Und es ist sicher kein Zufall, daß Günter Grass mit seinem Oskar Matzerath und Max Frisch mit seinem pseudo-blinden Ganthenbein Personen vorstellen, die die Erweiterung ihres Gesichtspreises mit physischer Verstümmelung erkaufen müssen. Die hochorganiserte und festintegrierte Gesellschaft gestattet niemandem mehr ungestraft, die relative Freiheit, die verbunden ist mit der Distanz, die zur Erringung des Überblicks gegeben sein muß.

Will man sich nun nicht auf die Behauptung einer völlig verschiedenen gesellschaftlichen Situation in der Sowjetunion zurückziehen oder auf das gönnerhafte Zugeständnis, daß der Roman Solschenizyns für kommunistische Verhältnisse eben doch sehr gut sei, so ist festzustellen, daß Solschenizyn mit den strukturellen Anforderungen seines Themas nicht fertig geworden ist. Immer wieder werden Erklärungen und Hilfen gegeben, die die Erfahrungsfetzen der Menschen verbinden und so den Eindruck beklemmender Unwissenheit und unverstehbar Fremden zugunsten einer (vorgetäuschten) freien Sicht verwischen.

Ein weiterer, noch schwerer wiegender Mangel des Buches liegt darin, daß es dem Autor nur selten gelingt, die Mühsal und Hoffnungslosigkeit der Lagerbewohner sprachlich zu entfalten und zur vollen Anschauung zu bringen, daß er statt dessen immer wieder zum bloßen Sagen, zum einfachen Aussprechen seine Zuflucht nehmen muß. Zwei kurze Beispiele mögen das erläutern:

„Er war vor lauter Warten nichts als Spannung, und er dachte gerade in diesem Augenblick, daß ihm diese Kippe lieber wäre als seine Freiheit" (Seite 46).

„Nicht einmal die Gedanken eines Gefangenen waren frei; zwangsläufig kehrten sie immer wieder zum gleichen Gegenstand zurück, drehten sich immer um dieselben Dinge" (Seite 54).

In solchen Formulierungen sind die (oben skizzierten) spezifischen Möglichkeiten der Kunst völlig außer acht gelassen. Dieses auf den Begriff bringen des Darzustellenden hat zur Folge, daß Solschenizyn es nur höchst selten schafft, hinter dem behandelten Sonderfall das Allgemeine transparent zu machen, da es immer wieder mühselig mit sprachlichem Kraftaufwand ausgewiesen werden muß. Resumé: Ein interessantes politisches Dokument, gut geschrieben, gut zu lesen; aber kein Kunstwerk.

Lothar Hack

Marx-ohne akademische Vorbehalte

Das heutige Marx-Verständnis, in das sehr verschiedene politische und philosophische Richtungen sich teilen, ist von zwei Seiten her blockiert: zunächst ist seit der Publikation der fragmentarischen Pariser Manuskripte das Marxsche Denken an einem Punkt faßbar, an dem seine Eingliederung in den philosophischen Traditionszusammenhang möglich ist, so daß eine akademische Rezeption des historischen Materialismus frei von jeder Verantwortung für die gesellschaftlichen Zustände sich vollziehen kann. Marx hält Einzug in die Ahnengalerie der großen Denker, während die Einzelwissenschaften das Geschäft der Widerlegung inhaltlicher Aussagen über die Gesellschaft betreiben; vom umfassenden Erkenntnisanspruch der Gesellschaftstheorie jedoch abgetrennt. Zweitens hat die dogmatische und ontologische Verzerrung des dialektischen Materialismus in der Stalin-Ära zu einem starren Festhalten an der Homogenität der Theorien von Marx und Engels geführt. Ein großer Teil der westlichen Kritik am historischen Materialismus besteht deshalb in einer stereotypen Wiederholung von Beweisführungen zu einer latenten oder expliziten Ontologie, die der materialistischen Dialektik unterstellt wird. Was indessen dem dialektischen Materialismus als solchem zur Last gelegt wird, trifft in Wahrheit ausschließlich seine Engelssche Version.

Alfred Schmidt „Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx"
Europäische Verlagsanstalt, 1962, 182 S.

Die materialreiche und begrifflich überaus klare Arbeit von Alfred Schmidt ist unbefangen genug, die östliche Marxliteratur, die ausgiebig Verwendung findet, differenzierter zu sehen, als es allgemein üblich ist. Zugleich widerlegt sie die zum kulturkritischen Gemeinplatz gewordene Behauptung, daß die Philosophie von Marx ausschließlich in seinen Frühschriften, die streckenweise in der philosophischen Schulsprache gehalten sind, zu finden sei. Die in der bisherigen Marxliteratur nur am Rande reflektierte, aber fundamentale Beziehung der materialistischen Geschichtsauffassung zum philosophischen Materialismus, der nicht nur philosophiegeschichtlich an die große Tradition der Materialisten anknüpft, sondern zugleich, durch das kritische Bewußtsein des deutschen Idealismus hindurch, deren erkenntnistheoretische Probleme zu lösen versucht, wird von S. in der Kategorie der Natur von einem neuen, der Marxschen Intention angemessenen Ansatz her entfaltet. Die Arbeit ist m. W. die erste, die, ohne den Anspruch auf eine weitere geschichtsphilosophische Deutung Marxscher Texte zu erheben, der Mühe sich unterzieht, den Strukturzusammenhang zwischen den „objektiven Begriffen" der politischen Ökonomie, vornehmlich denen der Analyse des Arbeitsprozesses, und den eigentlich philosophischen Kategorien mit geradezu philologischer Pedanterie nachzuweisen, um dann aus dieser Position heraus die Anthropologie und Geschichtsphilosophie des jungen Marx erst wahrhaft zu begreifen. Mit der von S. aufgewiesenen zweiten Hegelrezeption in den Vorbereitungsarbeiten zum Kapital entfällt die billige Trennung von philosophischem und ökonomischem Marx,

von der die inflationäre Breite der ethischen, religiösen und geschichtsphilosophischen Marxinterpretation lebt.

Die inhaltlichen Aussagen, die den Gang der gedanklichen und begrifflichen Entwicklung der Arbeit bestimmen, sollen im folgenden in einigen Hauptthesen zusammengefaßt werden.

1) Der nicht-ontologische Charakter des Marxschen Materialismus ist seinem Wesen nach ebenso Ausdruck der Überwindung des Idealismus in seiner Fichteschen und Hegelschen Form, in der das hypostasierte Subjekt schließlich die gesamte Realität, auch die Natur, in sich hineinzieht, wie der Kritik am Feuerbachschen Naturalismus, der dem Idealismus gegenüber in der Betonung der Priorität der Natur zwar im Recht ist, zugleich aber hinter Hegel zurückfällt. Indem Feuerbach das Moment der Tätigkeit übersieht, wird der Mensch auf eine „leerbleibende Subjektivität" reduziert, die sich passiv-anschauend zur Natur als toter Objektivität verhält. Marx dagegen betrachtet die Natur als Basis, als Material menschlicher Tätigkeit, die den starren Gegensatz von Subjekt und Objekt durch konkrete, praktische Vermittlung auflöst, ohne jedoch das Nicht-Identische, schlechthin irreduzible Substrat der Natur ganz in den geschichtlichen Vermittlungszusammenhang auflösen zu können. Dieses Substrat eignet sich als Seinsprinzip deshalb nicht, weil es, unabhängig von den konkreten Bestimmtheiten, bloßes Abstraktionsprodukt, reiner Begriff ist. Ein weiteres Moment für den nicht-ontologischen, konkret-dialektischen Charakter des Marxschen Materialismus liegt darin, daß es keine vom zwecksetzenden Subjekt unabhängige Sinnstruktur der Realität gibt, sondern ausschließlich den „endlich-teleologischen Standpunkt" (Hegel), von dem aus Sinn nur dort sich findet, wo er vom Menschen gesetzt ist. Ist in der Marxschen Gesellschaftstheorie eine Art Naturdialektik mit enthalten, so hat Engels, unter dem Eindruck der wachsenden Bedeutung der positiven Wissenschaften, den Versuch gemacht, Natur und Geschichte als verschiedene „Anwendungsgebiete" der materialistischen Dialektik zu begreifen und die gesetzmäßigen Beziehungen auf einige „Grundgesetze" zurückzuführen, die der späteren Ontologisierung der materialistischen Dialektik zugrunde lagen. Im Anschluß an Lukács zeigt Schmidt, daß eine gesonderte Naturdialektik unmöglich ist, wenn der sich realisierende absolute Begriff in der bewußtseinsunabhängigen Natur als Motor der Bewegung, wie im Marxschen Materialismus, entfällt.

2) Mit dem Begriff des Stoffwechsels leitet Marx nach S. ein neues Verständnis der menschlichen Beziehung zur Natur ein. Indem die ökonomischen Gesellschaftsformationen gleichzeitig Stufen der Selbstvermittlung der Natur sind, die als unaufhebbarer Block, auch in der klassenlosen Gesellschaft, bestehen bleibt, wird jede Art der romantischen „Humanisierung der Natur" und „Naturalisierung des Menschen" zu einer abstrakten Utopie herabgesetzt. „Obwohl für den Materialisten Marx die Natur und ihre Gesetze unabhängig von allem menschlichen Bewußtsein und Willen bestehen, lassen sich Aussagen über sie überhaupt nur mit Hilfe gesellschaftlicher Kategorien formulieren und anwenden ... Die gesellschaftliche Geprägtheit der Natur und ihre Eigenständigkeit bilden eine Einheit ..." Die Gebrauchswertproduktion, in deren Analyse der starre Gegensatz zwischen Teleologie und Naturkausalität, hinter dem das geschichtsphilosophisch zentrale Verhältnis von Freiheit und Notwendigkeit sich verbirgt, aufgehoben wird, ist der tragende Vorgang der realen geschichtlichen Entwicklung der Menschheit.

3) Die erkenntnistheoretische Position der Marxschen Theorie ist auf der einen Seite durch die Hegelsche Kritik am Formalismus der Transzendentalphilosophie Kants, zum anderen durch die Negation des idealistischen Ansatzes bestimmt, der das Katsche Ding-an-sich, das schlechthin Nicht-Identische, in den immanenten Zusammenhang subjektiver Erkenntnisleistungen hineinzieht. Zugleich wird jedoch das Ding-an-sich, der Block der Kantschen Philosophie, als ein selber durch gesellschaftliche Arbeit Konstituiertes der Erkenntnis des Subjekts geöffnet; Modell von Gegenständlichkeit ist das aus Naturstoff und Arbeit zusammengesetzte Produkt des Arbeitsprozesses. In einer materialisierten Gestalt kehrt (in der Marxschen Theorie) das Problem der Weltkonstitution insofern wieder, als sie versucht, vermittels des Praxisbegriffs sowohl das idealistische Erzeugungsmoment als auch das Moment der Bewußtseinsunabhängigkeit am äußeren Sein zu retten. Marx kritisiert daher den alten Materialismus, indem er idealistisch, den Idealismus, indem er materialistisch argumentiert."

4) Obwohl Marx mit Hegel Gegner abstrakter utopischer Entwürfe ist, kann er, in einem konkreten Sinne, als einer der größten Utopisten der Geschichte der Philosophie betrachtet werden. S. weist nach, daß die späte Formulierung über das Verhältnis von Freiheit und Notwendigkeit, Freizeit- und Arbeitssphäre sowohl seine eigenen Thesen aus den Pariser Manuskripten korrigiert wie im Widerspruch zur Engelsschen Aussage steht, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel allein schon die Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit führe. Die Hoffnung des von einem Natursubjekt ausgehenden Blochschen Materialismus auf eine abschließende Versöhnung von Mensch und Natur, stützt sich auf eine „Sinnverwirklichung des Weltprozesses", die dem Marxschen Materialismus seinem Wesen nach fremd ist. Die Blochsche Naturspekulation kann sich legitimerweise nicht auf den Marxschen Naturbegriff berufen.

Die Frage, ob der Zugang zur gesellschaftlichen Realität heutzutage noch über die Marxsche Gesellschaftstheorie ge-

funden werden kann oder ob nicht vielmehr die philosophischen und ökonomischen Kategorien des historischen Materialismus dem Bestand an Denkformen zuzurechnen sind, die lediglich spezifische gesellschaftliche Konstellationen des 19. Jahrhunderts erfassen, ist weder weltanschaulich noch innerwissenschaftlich zu entscheiden, sondern hängt der Intention von Marx entsprechend, ausschließlich von der Struktur der ökonomischen und politischen Realität ab. Wo diese nach wie vor durch unaufhebbare Widersprüche ihrer ökonomischen Basis bestimmt ist, sind Theorien und Modelle nur dann imstande, eine adäquate Erkenntnis der tragenden Kräfte der Gesellschaft zu liefern, wenn sie am Erkenntnisanspruch der Marxschen Gesellschaftstheorie festhalten. Die Arbeit von Alfred Schmidt, die Marx als Dialektiker wirklich ernst nimmt, kann als ein Versuch gelten, Grundstrukturen der soziologischen und philosophischen Begriffsbildung für eine Analyse der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse aufzuweisen, die von Kultur- und Literaturkritik, auch wo sie sich auf Marx berufen, nur deklamatorisch berührt werden.

Oskar Negt

Korporierte Fossilien?

Lutz E. Finke „Gestatte mir Hochachtungsschluck, Bundesdeutschlands korporierte Elite". Rütten & Loening, 168 S.

Merkt man sonst dem, was über Korporationen geschrieben wird, meist schon die Prügel an, die eine übers Feuilletonistische hinausgehende Kritik zu erwarten hat (so etwa bei Walter Gong: Coulerstudenten 1961, in DIE ZEIT, Mai/Juni 1961), so läßt sich der „Hochachtungsschluck" von niemandem den Schneid abkaufen. Seine Kritik will tiefer gehen als die an Tönnchen, Bändern, „xxx" und „AHAH", wenn auch die sarkastische Schilderung einer „zünftigen" Kneipe zu Anfang als attention step ihren legitimen Platz hat. „Legitimation durch Macht", „Patronage", „Auslese durch Inzucht", „Das schmutzige Nest" (Korporationen und Drittes Reich), „Völkisch wie zuvor" — das sind einige der Zwischentitel, die den Anspruch erkennen lassen, eine politisch-gesellschaftliche Analyse der Korporationen in der Bundesrepublik zu bringen: der Korporationen, die heute wieder 40 Prozent der (männlichen!) deutschen Studenten umfassen, obwohl es, wie sich ein Professor ausdrückte, „kaum einen Studenten gibt, der ihnen nicht kritisch gegenübersteht" — weil sich nämlich solche Kritik oft mit um so größerer Vehemenz gegen Karnevalstrachten und Geheimkürzel wendet, je mehr ihr die gesellschaftlichen Interessen entgehen, die dahinter stehen.

Ein Buch, das wissenschaftliche Analyse, Kompendium und Bestseller in einem ist, mochte nicht nur ökonomisch, sondern auch für die erhoffte therapeutische Wirkung als erstrebenswertes Ziel erscheinen. Wo allerdings Konflikte zwischen diesen „drei Seelen" in der Brust des Autors sich einstellten — und sie konnten kaum ausbleiben —, da wurden sie zugunsten des Bestsellers entschieden. Sinn der Kritik kann es nicht sein, alles mit dem Rotstift anzustreichen, was durch diese Entscheidung schlampig wurde; das Hauptgewicht soll auf solchen kritischen Anmerkungen liegen, die sich zum Gesamtbild dessen fügen, was am Prinzip der Analyse verfehlt erscheint.

Im ersten Abschnitt sollen die wesentlichen Charakteristika der Korporationen angegeben werden, sowohl die gemeinsamen wie die neckischen Spielarten der feudaleren und bürgerlicheren, der schlagenden und nichtschlagenden, der farben- und nichtfarbentragenden, der katholischen und der nichtkatholischen. Und um die Gefährlichkeit der Korporationsfront eindringlich darzutun, wird ihr bevorstehender Zusammenschluß prophezeit. Seine „Vorstufe ... sind die ‚Verbändegespräche'" (S. 35). Pech hat der Verfasser insofern, als an diesen Gesprächen auch die katholischen aus der Jugendbewegung entstandenen Reformbünde wie Neudeutschland teilnehmen, die den „bevorstehenden Zusammenschluß" wohl als schlechten Witz ansehen würden.

In dem instruktiven historischen Kapitel wird das Buch nicht nur der Rolle der Burschenschaften von 1848 gerecht; wichtig ist auch die Darstellung der erstaunlichen historischen Invarianz der Initiations- und Einschüchterungsriten, des „Pennalismus" und dergleichen, was man heute bei den Korporationen bestaunt: Ihr Ursprung läßt sich bis weit ins Mittelalter hinein zurückverfolgen.

Folgt die Behandlung der gegenwärtigen Ideologie und Realität des deutschen Verbindungswesens. Bemerkenswert sind solche Columbusei-Wahrheiten wie daß „den Tausenden, die sich Jahr für Jahr in die Front der Korporierten einreihen, ... ein ... positives Urteil über das Korporationswesen unterstellt" wird, obgleich sie ein solches Urteil „nie abgeben konnten, da sie bei ihrem Eintritt in die Verbindung diese noch gar nicht kannten" (S. 60) und ein Austritt faktisch schier unmöglich ist. Es tut gut, sich das immer wieder klar zu machen.

Daneben finden sich hier die Hinweise auf Patronage und Protektion, denn Fortkommen ist ja der Preis für Unterwerfung. Geschickt wird weniger mit Beispielen für Patronage operiert: um einen solchen Fall hieb- und stichfest nachzuweisen, müssen die Betreffenden ausgemachte Trottel oder muß der Untersuchende ein Detektiv sein. Stattdessen werden Altherrenzitate angeführt, die Protektion direkt oder indirekt propagieren. Die Methode bleibt aber fragwürdig: jedermann kann ohne Mühe etwa den Parteien der Bundesrepublik Fälle von äußerst wahrscheinlicher Amtspatronage nachsagen. Ebenso mühelos wird man Mitglieder bei ihnen finden können, deren Hauptmotiv für die Zugehörigkeit Patronage ist. Allgemein glaubt man ein Minimum an Rechtfertigung für diese Praktiken darin sehen zu können, daß wesentliche Entscheidungen nicht nur von der fachlichen

Qualität, sondern auch von der politischen oder gar „weltanschaulichen" Einstellung abhängen.

Wer sich also nicht das berühmte „Haltet den Dieb"-Geschrei vorwerfen lassen will, dem stellt sich die Preisfrage, was Korporierten-Protektion von sonstiger unterscheidet. Etwa die Irrationalität der Ideen, die als Vorwand dienen und um die es angeblich — anstatt um Postenversorgung — geht? Ich wage nicht zu entscheiden, ob die kodifizierten Grundsätze mancher bundesrepublikanischer Parteien sehr viel mehr Rationalität aufzuweisen haben. Was als Spezifikum von Korporationspatronage übrig bliebe, wäre die bloße Zugehörigkeit, sagen wir, zur Guestphalia Berlin, als Protektionsgrund — obschon dieselben hehren Prinzipien auch vom Banner der Marcomannia Erlangen strahlen. Das aber wäre wiederum nur durch mühsame empirische Kleinarbeit nachzuweisen: eine potenzierte Irrationalität. Abgesehen vom erforderlichen Aufwand würden sich auch die Archive kaum für eine solche Untersuchung öffnen. Der undurchdachte Ansatz aber, einfachhin Protektion im ganzen zu schelten, braucht sich über recht unerwartet andersklingende Urteile nicht zu wundern: „Daß Bundesbrüder sich zu Stellungen verhelfen,... scheint während der Vollbeschäftigung nicht notwendig bedenklich" (Max Horkheimer: Verantwortung und Studium. Vortrag auf dem 3. Deutschen Studententag 1954. In: Sociologica II).

Die Passagen über die „Werte" hingegen, die am Korporiertenhimmel leuchten — Gemeinschaft, Freundschaft, Jugend. Ehre usw. — sind scharf und treffend. Zu gekonnter Persiflage steigert sich das im Abschnitt „Männerbünde". Das liest sich etwa so: „Jugend will genossen sein, und Seele, Ehre und Gemüt haben ihren Sitz nur oberhalb der Gürtellinie. Solche besondere Anatomie des Korporiertenkörpers ruft Konflikte hervor. Das Oberteil trägt stets ein Schuldgefühl gegenüber dem Unterteil mit sich. Auf der Suche nach Ausweg entsteht verschwommen und abstrakt eine seltsame Theorie von der Verführung: Trotz der hohen Ideale des Korporationsstudenten hat sich das Weib an ihn herangemacht. Dadurch bestätigt es, daß es keinerlei Beziehung zu Ehre und dergleichen hat und als zweitklassig geächtet werden muß." (S. 77). So hübsch das klingt, so bleibt der Oberleib-Unterleib-„Antagonismus" doch der einzige, der konstatiert wird.

Erwähnt man ganz richtig, daß „Frauen und Ausländer" als „die äußere Schale" der Universität betrachtet werden, was in der Komik des „Damenflors" seinen Ausdruck findet, so gilt doch beides nur als g'spaßige Kuriosität. Nach den Charakterstrukturen, die sowohl Männerbündler möglich machen wie Coulerdamen, die sich in die ihnen zugewiesene Nippsachen-Rolle mit Freude schicken, wird nicht intensiv genug gefragt. Eine Erklärung findet man bestenfalls darin, daß die Frau als Konkurrentin in der „Anwartschaft auf akademische Berechtigungsscheine" verhaßt sei. Der Zusammenhang sozialer und psychischer Faktoren im autoritären Syndrom, der sowohl zur Erklärung von Unterdrückung wie von Begeisterung der Unterdrückten beitrüge, wird nicht hergestellt.

Fixierung aufs isolierte Phänomen des Korporationswesens läßt sich dem Buch nicht bloß in den genannten Beispielen vorwerfen. Ein ungleich schlechteres Stereotyp, das aus der öffentlichen Diskussion offenbar nicht wegzukriegen ist, schleicht sich ein: der Ruf nach dem Gesetzes-Paragraphen. „Da die bundesdeutsche Rechtsprechung, ausschließlich an formaljuristischen Überlegungen orientiert, das Treiben der Korporationen gewähren läßt..." (S. 80) — solchen Sätzen sollte man nicht über den Weg trauen. Wer nach Gerichten und Polizei ruft, um gesellschaftlich bedingte Phänomene abzuschaffen, tut nicht nur dem eigenen Anliegen einen schlechten Dienst, indem er Märtyrer schafft. Er läßt auch den Damm zerbrechen, den das „formal" gescholtene juristische „Schema F" tatsächlich noch gegen Willkür bietet. Wenn einem BGH-Urteil vorgeworfen wird, es verschließe sich „der an den Hochschulen durchaus verbreiteten Ansicht..., in der Mensur einen ‚Verstoß' gegen die guten Sitten' und gegen das ‚Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden' zu sehen", (S. 118), der provoziert die Rede vergangener Jahre vom „gesunden Volksempfinden". Gesellschaftliche Antagonismen werden in der Gesellschaft ausgetragen — nicht vor Gericht.

Die Isolierung, in der Finkes Buch sein Phänomen beschreibt, rührt an den Kernpunkt des Problems, in dem die kritischen Notizen ihr Einheitsmoment finden: ob die Verbindungen wirklich ein Anachronismus, wirklich „unzeitgemäß" sind. Dann natürlich könnte man vom unbegreiflichen Widersinn ihrer Patronage, vom komisch-tapsigen Verhältnis zum „Unterleib" sprechen, dann gehörten sie in eine Linie mit dem Gartenzwerg und man bräuchte sie nur ins Heimatmuseum zu stellen. Daß sie n i c h t bloß Anachronismus, daß sie „leider sehr zeitgemäß" sind, Symptome von Regression und „neuem Feudalismus", ist demgegenüber auch schon eine Binsenwahrheit geworden. Aber schließlich wäre es an der Zeit, sie in der Analyse d u r c hzuführen. Sicher findet sich die Einsicht immer wieder im „Hochachtungsschluck" Doch im Ganzen tritt sie zurück zugunsten der teils genüßlichen, teils moralisierenden Beschreibung von Phänomenen der Oberfläche.

Im Schlußteil, der das berühmte „Positive" bieten will, tritt ein weiteres Stereotyp auf, das sich zu diesem isolierend-anklagenden Gestus fügt. Danach soll das Korporationswesen ein in der Welt einzig dastehender Anachronismus sein. Finkes sprachlich nicht ganz geglückte Vision ist, daß „unsere intellektuelle Elite um das Jahr 1980 als ein einziges Fossil starr und versteinert in der geistigen Landschaft Europas, ja der Welt" herumliegt (S. 132). Wer allerdings einmal von der „Entgrünung" korporierter Studenten in den Niederlanden gelesen hat (Dieter Stadach: Spielen wir mal Vergasung. In: „Vorwärts", (21. 11. 1962), kann an den iso-

lierten „moosgrünen Findling" in Deutschland nicht mehr so recht glauben. Und hat sich in Amerika sehr viel geändert, seit Veblen schrieb, „in den Verbindungen" komme „vor allem jenes spezifische Erbe an Cliquengeist zum Ausdruck, das im Leben des räuberischen Barbaren eine so große Rolle spielte" (Nach: „Theorie der feinen Leute", Köln-Berlin o. J. (1950), S. 362). Und daß dort der Sport in den Verbindungen das sei, was in Deutschland „hierarchisch gestufte Trunkenheit und die Mensur" (S. 380 ebda.)?

Die guten therapeutischen Ratschläge dieses letzten Kapitels provozieren die Satire so sehr, daß man sich geniert, sie zu schreiben. Wenn „streng demokratisch orientierte (n) Gemeinschaften" „Fahnen, Symbole, ja, selbst ‚Zirkel' angeraten werden (S. 148) oder in „Sachpullover (n), Tuchhosen, Mokassins" ein neuer Stil sich äußern soll (S. 149), dann läßt sich leicht höhnisch darauf herumreiten (so Alexander Gockel, in: Diskus, Mai 1963). Doch von derlei Exaltiertem einmal abgesehen: es gibt wenige wirksame „Gegen-Gruppen" (rechnet man die diversen „Clubs und die politischen Studentengruppen ab, die anders strukturiert sein müssen, so bleiben tatsächlich fast nur die neustudentischen katholischen Gruppen übrig) — und auch sie brauchen ein Minimum an bestimmten Formen und Ordnungen, die heute keineswegs immer ganz rational bleiben können. Nur darf man nicht frischfröhlich, wie es hier geschieht, glauben, emotionale Mittel seien rationalen Zwecken ganz äußerlich und könnten sie nicht ganz gefährlich infizieren. Doch hier wäre „Überforderung eine sublime Gestalt der Sabotage" (Adorno).

In dieser Erkenntnis liegen die Meriten auch dieses letzten —weniger durchdachten — Teils eines notwendigen Buches, das für eine künftige Gesamtanalyse des Korporationswesens in unserer Gesellschaft eine ausgezeichnete Vorarbeit darstellt.

Mit dieser Analyse selbst allerdings darf man es nicht verwechseln.

Richard Herding

Zeitschriftenhinweise

Über „Die Hochschule, die Studenten und die moderne Gesellschaft" reflektiert in Nr. 6/63 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte" Fritz Heerwagen, der diese Zeitschrift auf dem 7. Deutschen Studententag in Bochum vertrat. — In Nr. 5/63 der gleichen Zeitschrift setzt sich Prof. Heinz-Dietrich Ortlieb kritisch mit einer spezifischen Form der Entwicklungshilfe auseinander: „Ausbildungshilfe — wohin?". „Die amerikanische Politik in Asien" ist das Thema einer für die USA nicht gerade schmeichelhaften Analyse von Ekkehart Krippendorff in Nr. 4/63 der „Frankfurter Hefte". — Francois Feytö gibt in den Heften 5/63 und 6/63 der gleichen Zeitschrift einen informativen geschichtlichen Rückblick über den „Meinungsstreit zwischen der Sowjetunion und China".

„Was war Nationalbolschewismus?" fragt Helmut Dahmer in Nr. 5/63 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte" anläßlich einer Besprechung des Buches von Otto-Ernst Schüddekopf: ‚Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten in der Weimarer Republik' (Stuttgart 1960). — „Das tragische Bewußtsein in der deutschen Soziologie der zwanziger Jahre" ist das Thema einer Untersuchung von Kurt Lenk in Nr. 5/63 der „Frankfurter Hefte". — In einem „Aufklärung und Utopie" überschriebenen Aufsatz in Nr. 4/63 der „werkhefte" behandelt Werner Beutler die fortschrittlichen Tendenzen der Weltentwicklung und, am Beispiel Ernst Bloch und Teilhard de Chardin, die Gewinnung eines diesen Tendenzen angemessenen aufgeklärten Bewußtseins.

„Massenmedien und Manipulation" ist das zentrale Thema in Heft 25 (Mai/Juni 63) des „Argument", das sich im Untertitel jetzt „Berliner Hefte für Probleme der Gesllschaft" nennt. Das Heft enthält u. a. Aufsätze von Uta Gerhardt über „Masse und Massenkommunikation", von Wilfried Gottschalch über den „Mißbrauch der Psychoanalyse in der Politik", von Wolfgang Fritz Haug „Zur Ästhetik von Manipulation".

Unter der Überschrift „Der britische Sozialismus — erschöpfte Kraft?" findet sich in den Nummern 4/63 und 5/63 der „Frankfurter Hefte" eine sehr aufschlußreiche Analyse der Politik der Labour Party seit dem 2. Weltkrieg. — Von Gustave Stern sind in Nr. 6/63 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte" ausführliche „Betrachtungen zu einer großen Streikbewegung in Frankreich" erschienen. Sie hat ihm zufolge eine große Lehre geboten: „Der Gaullismus, der bei den letzten Wahlen ein Maximum der „klassischen" bürgerlichen Stimmen auf sich vereinigte und 35 v. H. aller Stimmen erhielt, ist von der sozialen Realität durch eine große Mauer getrennt, wenn diese Realität sich nicht in der von der Staatsgewalt gewollten Form — „Manipulation" der Massen durch Fernsehpropaganda, organisierte Reisen des Staatschefs durch das Land, geschickt und verwirrend formulierte Fragen bei Volksentscheiden —, sondern in der Form einer klaren sozialen Situation manifestiert." — „Der Dritte Weg" berichtet in Nr. 4-5/63 von den seit Beginn dieses Jahres heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Kommunistischen Partei Frankreichs und dem Kommunistischen Studentenverband.

In Heft 176 (Mai 63) des „Monat" findet sich, verfaßt von Prof. Alexander Mitscherlich, ein sehr lesenswertes Plädoyer für eine großzügige, humane Städteplanung: „Planen für die Freiheit".

M. L.

edition suhrkamp — für 3 Mark

Diese Buchreihe, deren Herausgeber den Begriff vom Taschenbuch gegen seine herrschende Inflation auf eine Weise neu bestimmt haben, daß er hier erst zu seinen wahren Möglichkeiten führt, bedeutet einen entscheidenden Schritt in der gegenwärtigen Veröffentlichungsweise von Literatur. *Westdeutscher Rundfunk*

Bände 1-20 im Mai 1963

1 Bertolt Brecht · Leben des Galilei
2 Hermann Hesse · Späte Prosa
3 Samuel Beckett · Warten auf Godot
4 Max Frisch · Don Juan oder Die Liebe zur Geometrie
5 Günter Eich · Die Brandung vor Setúbal / Das Jahr Lazertis
6 Ernst Penzoldt · Zugänge
7 Peter Weiss · Das Gespräch der drei Gehenden
8 T. S. Eliot · Mord im Dom
9 Bertolt Brecht · Gedichte und Lieder aus Stücken
10 Theodor W. Adorno · Eingriffe. Neun kritische Modelle
11 Ernst Bloch · Tübinger Einleitung in die Philosophie 1
12 Ludwig Wittgenstein · Tractatus logico-philosophicus

im Dialog. Neues deutsches Theater

13 Wolfgang Hildesheimer · Die Verspätung
14 Heinar Kipphardt · Der Hund des Generals
15 Dieter Waldmann · Atlantis
16 Martin Walser · Eiche und Angora

suhrkamp texte

17 Walter Benjamin · Städtebilder
18 Nelly Sachs · Ausgewählte Gedichte
19 Hans Erich Nossack · Der Untergang
20 H. M. Enzensberger · Gedichte/Entstehung eines Gedichts

Von Juni an 4 Bände monatlich

Juni 1963

21 Bertolt Brecht · Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny
22 Ernst Bloch · Avicenna und die Aristotelische Linke

suhrkamp texte

23 Wolfgang Hildesheimer · Aufzeichnungen/Nachtstück
24 Karl Krolow · Ausgewählte Gedichte

Juli 1963

25 August Strindberg · Ein Traumspiel · Deutsch von Peter Weiss
26 Marguerite Duras · Hiroshima mon amor
27 Peter Szondi · Theorie des modernen Dramas
28 Walter Benjamin · Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit

Die »edition suhrkamp« ist nur durch den Buchhandel zu beziehen. Prospekte beim Suhrkamp Verlag, 6 Frankfurt (Main) 1, Postfach 2446

SV

SV

Kritische Aufklärung

BERTRAND RUSSEL
Warum ich kein Christ bin
2. Auflage
272 Seiten
Ln. DM 16.80

„Bertrand Russel antwortet auf die Frage, ob ein Weiterleben nach dem Tode denkbar und glaubwürdig sei. Es ist eine seiner vielen Antworten, die er seit Jahrzehnten - völlig unbekümmert und die Meinung anderer um Frömmigkeit und Vorurteil - immer wieder ausgesprochen hat ... Es ist das Verdienst des neuen Szczesny Verlags, daß jetzt auch die weiterhin verstreuten, daher schwer zugänglichen Aufsätze Russels zu religiösen, moralischen und sozialen Themen in Deutschland veröffentlicht werden."

Norddeutscher Rundfunk

LUDWIG MARCUSE
Das denkwürdige Leben des Richard Wagner
312 Seiten
Ln. DM 19.80

„Ludwig Marcuses soeben erschienenes Buch gehört zu den vehementesten und persönlichsten Zeugnissen in der Auseinandersetzung mit dem „Fall Wagner". Man könnte Marcuse geradezu als ein Störenfried in dem allgemeinen Burgfrieden um Wagner bezeichnen, wenn nicht fast aus jeder Zeile - und selbst unter der Maske des geistvollen Plauderers - eine beschwörende und verzweifelte Ernsthaftigkeit spräche: Richard Wagner muß uns angehen, um der Kunst und der Aufrichtigkeit willen."

Stuttgarter Zeitung

Verlangen Sie das Gesamtverzeichnis bitte beim

SZCZESNY VERLAG · MÜNCHEN 9